

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Einzelne Nummer 5 Pf.

Ercheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Donnerstag, den 6. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Kriegspolitik vor dem Reichstag.

Am Mittwoch fand die „große“ Sitzung statt, die Klärung über die inneren Meinungsverschiedenheiten bringen sollte.

Dieserjenige freilich erlebten wiederum eine arge Enttäuschung, die etwa von dieser Sitzung, in der, wie bekannt, der Reichskanzler wieder einmal das Wort zu einer programmatischen Rede nehmen wollte.

Bedeutete die Rede des Vertreters der sozialistischen Mehrheit einen Rückschritt selbst gegen den Dezember des vorigen Jahres, so ging Herr v. Bethmann Hollweg mit um so merkwürdigerem Aus über das hinaus, was er damals — wir wollen nicht sagen: vertreten, wohl aber offen ausgesprochen.

Denn wenn Landsberg im Dezember das Kanzlerwort von den „Haupständern“ so deutete, als ob diese Pfänder nur zu Kompensationszwecken dienen sollten.

Es wäre ebenso verlockend wie notwendig, auf diese Auslassungen des Reichskanzlers und die vom sozialistischen Standpunkt ihnen gegenüber einzunehmende Stellungnahme in aller Ausführlichkeit und Schärfe einzugehen.

Nur das sei gesagt: Wenn man sich auch jetzt noch darauf berufen sollte, daß ja auch am Mittwoch nur von „Sicherungen“ und der Befreiung unterdrückter Volksstämme die Rede gewesen sei.

Der deutsche Reichskanzler erklärte also, daß ein Frieden auf Grund des Statusquo für Deutschland nicht in Frage komme, sondern daß die siegreichen Mittelmächte der gegnerischen Staatenkoalition Bedingungen stellen müßten, die eine wesentliche Stärkung der deutschen Position — und

demgemäß natürlich eine Schwächung der gegnerischen Position — enthielten.

Daß er damit bei den bürgerlichen Parteien lebhaften Beifall fand, versteht sich von selbst. Nur das berührt höchst befremdend, daß er durch solche an Deutlichkeit kaum noch zu überbietende Bekenntnisse auch keinerlei ernstlichen Widerspruch des Redners der sozialdemokratischen Mehrheit hervorrief!

Demgegenüber nahm es sich dann freilich um so sonderbarer aus, daß Ebert die einer vernünftigen Verständigung widerstrebenden Ansichten und Erklärungen der Regierungen der feindlichen Länder um so schonungsloser unter die kritische Lupe nahm.

Sicher: die französischen, englischen, italienischen und russischen Regierungsvertreter haben überhebende und törichte Reden gehalten, die der Friedensverständigung nicht zu dienen vermochten.

Trotzdem oder gerade deshalb: die Reichstagsfraktion vom 5. April wird klärend und orientierend wirken.

Sie hat deutlichen Aufschluß gegeben über die Politik der Reichsregierung. Mit Redensarten à la Landsberg läßt sich fürder den deutschen Arbeitern nicht mehr kommen.

Und darüber hinaus werden alle Staaten sich darüber klar werden, daß es mit der bisherigen Regierungsweiseit und Diplomatenpolitik nicht weitergeht.

Gegen die Parteierbröckelung.

Die deutsche Sozialdemokratie steht vor einer gefährlichen Katastrophe. Kaum hat sich von der alten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Teil ihrer Mitglieder abgezweigt und eine besondere Fraktionsgemeinschaft gebildet.

„Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ von der alten Fraktion trennte, da hieß es in manden unserer Parteiblätter, die Fraktionspaltung brauche keineswegs notwendig zu einer Parteispaltung zu führen.

Das konnte, nachdem einmal in der Fraktion selbst die Disziplin gebrochen und die Einheit gewaltsam gesprengt war, nicht anders sein. Es war, zumal wenn man die verschiedenartigen gegensätzlichen Strömungen und Richtungen einzelner Gebiete in Betracht zog, von vornherein zu erwarten, daß in dem einen Kreise die organisierten Parteigenossen für ihren Abgeordneten, im anderen gegen ihn Stellung nehmen würden.

Doch es handelt sich heute gar nicht mehr nur um eine Spaltung, sondern bereits um mehrmalige Spaltungen, um die Zerbröckelung, wenn auch nicht der ganzen Partei, so doch eines beträchtlichen Teils derselben.

Tatsächlich ist denn auch die neue Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft kaum wochenalt, und schon erklärt die „Bremer Bürgerzeitung“, deren leitender Redakteur Henke sich ebenfalls der neuen Fraktion angeschlossen hat, daß die Internationalisten und die Oppositionellen von der Richtung Gaase, Ledebour, Bernstein usw. eine Welt

Die Insertions-Gebühr beträgt für die festgesetzte Kolonnenbreite... Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

grundverschiedener Auffassungen trennt, demnach also entweder eine Hinführung der letzteren zu Radikal-Wehring, Senke, Liebknecht oder eine neue Scheidung innerhalb der Minderheit zur Befestigung der Sozialdemokratie nötig ist.

So heißt es in Nr. 77 (vom 31. März) der „Bremer Bürgerzeitung“ bezüglich der Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft:

Die Opposition besteht aus zwei grundsätzlich verschiedenen Gruppen: dem Parteizentrum, das in Radikal-Wehring seinen Theoretiker, in Haase und Ledebour seine hauptsächlichsten parlamentarischen Vertreter, in der „Neuen Zeit“ sein wissenschaftliches Organ und im „Vorwärts“ und namentlich in der „Leipziger Volkszeitung“ seine publizistischen Tagesorgane hat, und dem Linkradikalismus, den die internationalen Sozialisten Deutschlands (J. S. D.) und die Gruppe „Internationale“ angehören, der seine theoretischen Anschauungen in den „Lichtstrahlen“ propagiert und in dessen Sinne eine ganze Reihe von Parteiblättern redigiert werden, so außer der „Bremer Bürgerzeitung“, der „Braunschweiger Volksfreund“, der „Stuttgarter Sozialdemokrat“ und, wenn auch nicht ganz konsequent, einige rheinische Organe.

Und in Nr. 76 wird die weitere Entwicklung der Partei folgendermaßen beurteilt:

„Aus all dieser Unklarheit ergibt sich, daß die parlamentarische Minderheit, die sich jetzt zu einer selbständigen Fraktion zusammengelassen hat, mit nur ganz wenigen Ausnahmen weder dem Kampf mit dem Sozialimperialismus noch dem Kampf mit dem Imperialismus konsequent und wichtig führen kann. Dies muß man bedenken, wenn man keine Enttäuschungen erleben will. Der Zusammenbruch der Politik des Parteizentrums, die im Ausweichen vor jedem grundsätzlichen und entscheidenden Kampfe mit dem Opportunismus bestand, bedeutet noch nicht die bewußte, klare Aufnahme dieses Kampfes. Aber wenn eine solche Heberschneidung von Liebknecht, so ist doch auch eine Unterschätzung nicht am Platze, eine Unterschätzung vor allem der Folgen der Fraktionspaltung.“

Die Konstituierung einer selbständigen Fraktion nötigt die Minderheit, sich den Sozialpatrioten in allen Fragen entgegenzustellen, sie täglich zu bekämpfen. Das wird den entscheidendsten Elementen der Minderheit die Gelegenheit geben, den radikalen Standpunkt zu entwickeln; es wird die radikalsten Elemente nötigen, sich öffentlich Wägen zu geben, die Unmöglichkeit des Kampfes mit den Sozialpatrioten vom Standpunkt der Vaterlandsverteidigung und des Pazifismus zu demonstrieren.

Sollte die Minderheit doch zu sehr an den alten Traditionen des Zentrums, an den Traditionen des Kompromisses mit dem Opportunismus, an den Traditionen des Parlamentarismus als eines Mittels zur Bekämpfung der Massen hängen, sollte auch sie wieder der Sorge um die parlamentarische Ausschaltung verfallen und das Hauptgewicht auf die Sammlung aller möglichen und unmöglichen oppositionellen Elemente, statt von vornherein auf die Entscheidung des Kampfes zu legen, nun, dann wird sie sehr schnell abwirtschaften und der entschiedenen Minderheit in der Minderheit den Platz räumen: den Entschiedenem um Liebknecht.“

Das ist deutlich: entweder die Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft entwickelt sich zur Nachhut Liebknechts oder die „Internationalisten“ werden in der neuen Fraktion eine neue Spaltung hervorrufen und sich als „entschiedene Minderheit“ der Plätze der jetzigen Minderheit bemächtigen!

Dahin geht also die Reise! Wenn die neue Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sich nicht dem Diktum der Radikal-Wehring, Senke, Liebknecht fügt — nun dann kommt es auf weitere Spaltungen nicht an, mag das auch zur Zerbröckelung eines Teils der Partei in Minderheitssektionen führen.

Es ist anzuerkennen, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ in ihrem inneren Drang nach Neuspaltungen so offen ausspricht, wohin sie will. Vielleicht gibt es doch noch diese denkende Arbeiter, die bisher nur der Wunsch nach einer kräftigeren Tonart, die Sehnsucht nach baldigem Friedensschluß oder die falsche Ansicht, die Minderheitspolitik sei die radikalere, zur Opposition trieb, und die nun, wenn sie sehen, wohin der Weg der sogenannten „entschiedenen Minderheit“ führt, nämlich zur Sprengung der Partei in machtlose Sektoren, die Parteipaltungsbestrebungen weniger leicht nehmen und ihnen festen Widerstand entgegensetzen. Es geht um ihr eigenes Wohl!

Den Ausführungen unseres Kollegen Heinrich Cunow, der seit Oktober oder November 1914 beinahe ein von der übrigen Redaktion des „Vorwärts“ abweichenden Standpunkt vertritt, können wir diesmal in einem gewissen Sinne zustimmen. Insofern nämlich, als er vor Parteigerbröckelung, vor der Auflösung der Partei in kleine, bedeutungslose und einander feindseliger beschuldende Parteilinien warnt. Auch darin geben wir ihm durchaus recht, wenn er eine entsprechende Zerbröckelung der Parteiorganisationen für einen schweren Schaden für die sozialdemokratische Bewegung erklärt. Nur die Ursache solcher Parteigerbröckelung und die prinzipiellen und faktischen Maßnahmen zu ihrer Verhütung beurteilen wir allerdings völlig anders als Cunow.

Wenn Cunow meint, der Zerfall der Partei in zahlreichere kleine, einander bekämpfende Gruppen bedeute eine Schwächung der Aktionskraft der Partei in den des deutschen Proletariats nach Beendigung des Krieges harrenden Kampfes, so sind wir sogar der Ansicht, daß schon während des Krieges, ja erst recht während des Krieges, die Aktionskraft der Partei so wichtig als nur immer möglich zusammengefaßt werden muß. Denn nicht erst nach dem Krieg fallen für das deutsche Proletariat die wichtigsten politischen und sozialen Entscheidungen, sondern gerade während des Krieges, durch seinen Verlauf, seinen Charakter, seinen Ausgang. Gerade der Krieg selbst stellt das deutsche und das internationale Proletariat vor seine folgenschwersten Schicksalsfragen. Versteht die Partei, vermag sie sich jetzt nicht zu kräftigen, auf den Kriegsverlauf im sozialistischen Sinne einwirkendem Verhalten aufzuerheben, so verpaßt sie völlig die wichtigste historische Situation, so verpaßt sie nicht das Geringere, als ihre politische Abdankung. Alle nachträglichen Reue und zu späte Selbstbelehrungen können dann in Jahrzehnten den Schaden nicht wieder gut machen, den ihr Versagen im rechten Augenblick verursacht hat.

Darüber dürften sich auch alle denkenden Elemente von der Mehrheit wie der Minderheit klar sein. Nur darüber, worin die historische Mission des Proletariats in diesen verantwortungsvollen Schicksalsstunden besteht, gehen die Auffassungen diametral auseinander. Während die eine Richtung im Anschluß an das Bürgertum, in dem Zurücktreten aller spezifisch proletarischen und sozialistischen Grundsätze und Pflichten hinter die sogenannte Pflicht der Vaterlandsverteidigung das Gebot der Stunde erblickt, vertritt die Minderheit die Auffassung, daß jetzt mehr denn je eine prinzipiell sozialistische, selbständig proletarische Politik notwendig sei.

Das sind die unüberbrückbaren, durch nichts zu verschiebenden und hinwegzudisputierenden Gegensätze, die sich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie aufgetan haben. Sie trennen scharf Wehrheit und Minderheit, und zu ihnen werden im Laufe des Krieges auch noch

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 5. April 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artilleriekämpfe in den Argonnen und im Maasgebiet dauern in unverminderter Heftigkeit fort. Die Lage ist nicht verändert. Links der Maas hinderten wir die Franzosen an der Wiederbesetzung der Mühle nordöstlich von Haucourt. In der Gegend der Feste Douaumont sind auch gestern vor unseren Linien südwestlich der Feste und unseren Stellungen im Nordteil des Caillette-Waldes wiederholte Gegenangriffe des Feindes blutig zusammengebrochen.

An der lothringischen und elsässischen Front führten unsere Truppen mehrere glückliche Patronillenunternehmungen durch.

Ergebnis der Luftkämpfe an der Westfront im März

Deutscher Verlust:
Im Luftkampf 7 Flugzeuge
durch Abschuß von der Erde 3 Flugzeuge
vermisst 4 Flugzeuge
im ganzen 14 Flugzeuge

Französischer und englischer Verlust:

Im Luftkampf 38 Flugzeuge
durch Abschuß von der Erde 4 Flugzeuge
durch unfreiwillige Landung innerhalb unserer Linien 2 Flugzeuge
im ganzen 44 Flugzeuge

25 dieser feindlichen Flugzeuge sind in unsere Hand gefallen, der Abwurf der übrigen 19 ist einwandfrei beobachtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.
Im Frontabschnitt zwischen Karocz- und Wiszniew-See verstärkte die russische Artillerie ihr Feuer.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.
Oberste Seeresleitung.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 5. April. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart: Lage überall unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalkriegsberichtes von Hoeser, Feldmarschallleutnant.

dieserjenige ernstlich Stellung nehmen müssen, die bis jetzt aus Gründen einer mißverständlichen Disziplin oder aus Abneigung gegen eine klare Entscheidung eine vermittelnde Stellung einzunehmen für geboten erachteten.

Diese Gegensätze sind vorhanden und müssen ausgefochten werden, in der Fraktion und in den Organisationen. Führer und Massen müssen Farbe bekennen, wenn sie sich nicht alles Einflusses begeben und zur völligen Ohnmacht verdammt sein wollen.

Über diese Meinungscheidung, diese entschiedene und aktive Stellungnahme bedeutet nicht die Parteispaltung, sondern die einzige Möglichkeit der Parteigerundung, der Erhaltung der Einheit der Partei. Das klingt manchem Eiferer für die rein formale Parteinheit wie ein Paradoxon, ist aber die den nächsteninsten Tatsachen entsprechende Wahrheit. Denn die sachliche Scheidung gerade gibt Führern wie Massen die Möglichkeit der sachlichen Stellungnahme und des unperidischen Meinungskampfes. Jeder Teil folgt seinem Gewissen, seiner Auffassung der höchsten Parteipflichten. Die Masse kann die sachlich klar abgegrenzten Meinungsgegensätze prüfen, kann sich auf diese oder jene Seite stellen. Der persönliche Haß, die kleinliche Rechthaber, die läßlichen Methoden krankhafter Vertuschung hören auf — der politische Kampf wird aus den giftgeschwängerten Niederungen der Verdächtigung, Verunglimpfung und den widerlichen Versuchen der Meinungs- und Willensnebelung emporgehoben zu einem zwar entschiedenen aber sachlichen Austrag der Meinungen. Die Geschichte kann dann ihr Urteil sprechen und der Parteitag nach vorhergegangener gründlicher Abwägung der Streitfragen seine Entscheidung fällen. Nur das ist die Art, wie eine demokratische und sozialistische Partei ihre Ehre und ihr Ansehen zu wahren, ihre Zukunft zu sichern und die Spaltung zu vermeiden vermag.

Davon spricht Cunow leider sehr wenig. Dafür macht er sich höchst überflüssige Sorgen um die Einheit der „Minderheit“. Sie werde, prophezeit er, gleichfalls wieder zerbröckeln und damit den Auflösungsprozess der Partei vervollständigen.

Cunow mag uns das Wort verzeihen, aber diese Besorgnis um das Schicksal der Minderheit erscheint uns ein wenig komisch. Oder wäre es Cunow von seinem Standpunkt aus wirklich angenehmer, wenn die Minderheit im Gegensatz zu der doch sicherlich nicht minder zerklüfteten Mehrheit eine lompakte Einheit darstellte? Doch wohl kaum!

Aber Cunow braucht sich wegen des Schicksals der Minderheit auch wirklich keine Kopfschmerzen zu machen. Daß die 18 oder auch 20 Reichstagsabgeordneten der Minderheit nicht alle über einen Kamm geschoren sind, daß sie in diesem oder jenem Punkte verschiedene Ansichten hegen, daß sie eben keine gleichförmig abgedrehten Maschinenteile, sondern Individuen, Persönlichkeiten sind, ist doch ganz selbstverständlich. Das geht allen Politikern, allen Parteien und allen Parteilinien nicht anders. Wenn die „Chemnitzer Volksstimme“ sechs Gruppen der Minderheit herausgerechnet hat, so hat dafür die „Leipziger Volkszeitung“ nicht weniger als acht Gruppen innerhalb der Mehrheit mindestens ebenso glaubhaft nachweisen können. Warum ist Cunow also eigentlich so sehr besorgt um das einheitliche Vorgehen der Minderheit, statt sich, was ihm doch weit näher läge, um die Einheit der Mehrheit den Kopf zu zerbrechen?

Wenn aber Cunow meinen sollte, es komme weniger auf die Nuancen innerhalb einer Parteilinie und politischen Arbeitsgemeinschaft an, als auf die trotz alledem einigenden großen Richtlinien, so hat er ganz recht — aber das gilt dann natürlich nicht weniger für die Minderheit wie für die Mehrheit.

Sollte sich aber hinter Cunows Sorge um die Parteigerbröckelung die Hoffnung verbergen, daß die Minderheit in der Tat auseinanderfallen und sich miteinander zerklüften werde, statt geschlossen der ihr so überaus verhängnisvoll erscheinenden Politik der Mehrheit ihre Auffassung entgegenzusetzen, so dürfte er sich unserer Ueberzeugung nach einer schweren Täuschung hingeben. Jedenfalls könnte er das getrost der Zukunft überlassen.

Nicht minder unzeitgemäß erscheint uns Cunows Spintisieren über die Haltung, die die Minderheit nach dem Kriege, speziell einem Parteitag gegenüber einnehmen werde. Wenn Cunow meint, die Minderheit werde aus Besorgnis vor den Beschlüssen des Parteitags schon vorher abspalten, so kann er die Absichten und Ansichten der Minderheit sehr schlecht. Denn die Minderheit ist im Gegenteil der zurechtweisenden Ueberzeugung, daß gerade sie nach Abschluß des Krieges und klarem Ueberblick über die Vorgänge während des Krieges auf die lebhafteste Zustimmung der Massen der Partei hoffen darf. Es gäbe für sie also gar nichts Törichtereres, als sich selbst um die Früchte ihrer Tätigkeit zu bringen und — angesichts ihres Triumphes — ihren Meinungsgegnern zaghaft das Feld zu räumen. Aber selbst wenn der erste Parteitag nach dem Kriege aus Gründen, die wir hier nicht näher andeuten wollen, mit Mehrheit gegen sie entscheiden sollte, so bedeutete das noch keineswegs den dauernden Sieg ihrer Gegner. Cunow ist doch hinlänglich Historiker und Kenner der Parteigeschichte, um selbst gut zu wissen, daß die Verhältnisse härter sind, als momentane Stimmungen, daß also der Gang der sozialen und politischen Ereignisse sehr rasch eine gründliche Wandlung der Stimmungen und Ansichten herbeiführen vermag.

Wir müssen also die Minderheit ganz entschieden gegen die Unterstellungen verwahren, die ihr Cunow zu machen beliebt. Die Minderheit hat wiederholt erklärt, daß sie die Parteinheit als das höchste und kostbarste Gut der Partei betrachte, und keinem sozialen Gegner ist es gestattet, an der Ehrlichkeit und dem Ernst dieser Versicherungen zu zweifeln!

Die düsteren Prophezeiungen Cunows von der Parteigerbröckelung durch das Verhalten der Minderheit beruhen also auf nichts als den besten Vermutungen.

Eine Parteigerbröckelung und Parteispaltung könnte wohl aber dann eintreten, wenn man den geistigen Sättigungsprozess und den normalen Austrag der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei gewaltsam zu unterdrücken versuchen würde. Wenn man jene Taktik der Verfeinerungen, Verzerrungen und Maßregelungen beharrlich fortsetzte, mit denen die Wehrheit und die Instanzen leider zu lange schon begonnen haben. Wenn man die freie Kritik, die freie Betätigung der Ueberzeugung zu unterbinden versuchte. Wenn man der parlamentarischen Betätigung der Minderheit Hindernisse zu bereiten, die Freiheit der Presse zu unterdrücken versuchte. Dann gerade würde man den Kampf derart vergiften und verschärfen, daß die extremsten Elemente auf beiden Seiten Oberwasser erhielten. Daß sich die gereizte Stimmung immer mehr verschärft und die Spaltung auch auf die Organisationen übergriffe.

Daß die Organisationen gleich den Führern im Meinungsstreit Stellung nehmen, sich für oder gegen diese oder jene Richtung erklären, diese oder jene Gruppe unterstützen, ist ihr gutes Recht. Ist sogar ihre gebieterische Pflicht. Denn sonst wäre ja die Sozialdemokratie keine demokratische Partei, sondern das blinde Werkzeug ihrer Führer und Instanzen. Die Stellungnahme der Organisationen schädigt die wirkliche Parteinheit so wenig wie der Austrag der Meinungsgegensätze im Parlament. Erst wenn der Meinungsstreit zu Gewalttaten, zu Maßregelungen nach dem bösen Stuttgarter Muster entartete, würde die Erbitterung auch innerhalb der Organisationen selbst zu heller Flamme auflodern, könnte die wirkliche Parteispaltung — zum mindesten für die Zeitdauer des Krieges — und vielleicht auch noch für eine weitere Zeitspanne — unvermeidlich werden. Denn Druck erzeugt unausbleiblich Gegenruck, was den Mitgliedern einer Kampfpartei, die unter dem Sozialistengesetz groß geworden, als unbestreitbarste Erfahrungstatsache jederzeit gegenwärtig sein sollte.

Noch freilich glauben wir, daß die Einsicht und das Verantwortlichkeitsgefühl aller Teile stark genug sein wird, um diese, die einzig wirkliche Gefahr der Parteigerbröckelung und Parteispaltung zu verhüten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 5. April. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom 4. April nachmittags. In den Argonnen haben wir deutliche Stellungen, besonders in der Umgegend von Montfaucon und Malancourt, beschossen. Westlich der Maas ziemlich heftiger Geschütz- und Artilleriekampf bis Malancourt. Ostlich der Maas war die Nacht verhältnismäßig ruhig; die Deutschen haben gegen die durch unsere Gegenangriffe wiederhergestellte Front Douaumont—Vaux keinen Angriffsversuch gemacht. Unsere Batterien waren gegenüber den feindlichen Stellungen in dieser Gegend ganz besonders tätig; der Feind hat nur schwach geantwortet. Ostlich vom Prieferwalde ist eine starke feindliche Erkundungsabteilung durch Gewehrfeuer zerstört worden. Im Elsass haben unsere Batterien Probantkolonnen auf der Straße Thann—Rühaußen unter Feuer genommen.

Paris, 6. April. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom Dienstag abend. Nördlich der Aisne und in den Argonnen führten unsere Batterien ein wirksames Feuer auf feindliche Anlagen aus. Westlich der Maas mißglückte ein feindlicher Angriff, der gegen 2 Uhr nachmittags gegen das Dorf Haucourt gerichtet wurde, vollständig. Ostlich der Maas wurde die Beschichtung im Laufe des Tages mit großer Heftigkeit wieder aufgenommen. Auf unserer Front zwischen Douaumont und Vaux richteten die Deutschen gegen 8 Uhr nachmittags einen sehr heftigen Angriff auf unsere ersten Linien, die ungefähr dreihundert Meter über dem Dorfe Douaumont gelegen sind. Die aufeinanderfolgenden Sturmwellen, denen keine Angriffsabteilungen folgten, wurden durch Sperrfeuer und unser Maschinengewehr- und Infanteriefeuer niedergemacht und mußten in Unordnung zu dem Chauffeurwalde zurückzuziehen, wo unsere Artillerie durch ihr konzentrisches Feuer dem Feinde beträchtliche Verluste beibrachte.

Nördlich des Caillette-Waldes rückten unsere Truppen im Laufe des Tages weiter vor. In der Woivre Artillerielinie in den Abschnitten am Fuße der Maasböden. In den Vogesen verließen die Deutschen nach lebhafter Beschichtung unserer Stellungen südöstlich von Obersept an unsere Schützengräben heranzukommen, wurden jedoch durch unser Sperrfeuer in ihre Linien zurückgedrängt. In der Nacht vom 3. zum 4. April warf ein unserer Luftschiffe vierunddreißig Granaten auf den Bahnhof von Audun-le-Roman.

Belgischer Bericht: Heftige Artillerietätigkeit an den Zugängen von Dignuiden sowie in der Gegend von Steenstrate.

Die englische Meldung.

London, 4. April. (W. L. B.) Kriegsbericht. Gestern schloß eines unserer Flugzeuge ein deutsches Flugzeug hinter unseren Linien in Souchez ab; Führer und Beobachter sind tot. Heute war die Artillerie auf beiden Seiten tätig bei Souchez, Angrez, St. Etot und Spenn. Einige Minentätigkeit bei Reuville—St. Naast, Qualluch und der Hozenzollerschänge.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 5. April. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 4. April. Westfront: Das Hochwasser dauert an. Die Deutschen fahren fort, mit groß- und kleinlithischen Geschützen den Brückenkopf von Negüll zu beschließen. Vor dem Dorf Waslawka südlich Danaburg (10 Kilometer) beschoßen wir mit Erfolg die Deutschen, welche die überfluteten Schützengräben räumten. Auf der Front der Truppen des Generals Zwerst keine wichtigen Ereignisse. An vielen Orten überflogen feindliche Flieger unsere Unterläufte. Sie warfen neun Bomben auf Nachowitsch. In der Gegend der Dörfer Boguslawka und Waszki nordöstlich des Bahnhofs von Dylka (18 und 9 Kilometer) wiesen wir einen feindlichen Annäherungsversuch an unsere Gräben zurück. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Nowo und Sarni. In der Gegend von Soponow nordwestlich Strzemiesec (8 Kilometer) ließ der Feind 2 Minen springen, vermochte sich aber des Trichters nicht zu bemächtigen. Einen feindlichen Angriff in der Gegend der Eisenbahn westlich Zarnopol wiesen wir zurück. Nördlich Wozjan ließ der Gegner auch eine Mine vor unseren Gräben springen, aber sein Versuch, den Trichter zu besetzen, war erfolglos.

Kaukasus: Während der Kämpfe am 2. April nahmen wir noch zwei ganze türkische Kompagnien gefangen, welche zu einem neu eingetroffenen Regiment gehörten. — In der Gegend von Musch und Hittis gehen wir in südwestlicher Richtung vor.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 5. April. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Dienstag: Längs der ganzen Front Tätigkeit der Artillerie von beiden Seiten, am lebhaftesten zwischen dem Lagarinala und dem Saganatal und auf den Höhen nordwestlich von Görz. In der Nacht zum 3. April wurden kleine Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem Rauchloß (Monte Cristallo) und auf dem Mtzli Brh (Monte Nero) abgewiesen. Feindliche Flugzeuge verhielten sich hartnäckig. Einbrüche in unser Gebiet, wurden aber durch das Feuer unserer Batterien und Gegenangriffe unserer Flugzeuge vertrieben; einem Flugzeug gelang es, zwei Bomben auf Vassano zu werfen, welche jedoch nur geringen Schaden anrichteten. Eines unserer Coproni-Flugzeuge warf eine schwere Bombe auf Grafenberg (Görz) und rief einen Brand hervor.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 5. April. (W. Z. B.) „Lloyd's“ meldet: Der britische Dampfer „Vendu“, 4319 Tonnen, wurde versenkt. Ein Mann ist ertrunken, 27 wurden gerettet. — Der spanische Dampfer „Vigo“, 1187 Tonnen, wurde im Golf von Biscaya, 100 Meilen von Quessant, von einem deutschen U-Boot torpediert. Die Besatzung wurde, nachdem sie 24 Stunden in einem Boot umhergetrieben war, von einem britischen Dampfer aufgenommen und in Gibraltar ans Land gebracht.

Valencia, 5. April. (W. Z. B.) Meldung der Agence Havas. Ein englischer Dampfer stieß einem norwegischen Dampfer zu Hilfe, der Notsignale ausstrahlte, setzte aber, als er ein U-Boot entdeckte, in den Hafen zurück. Er benachrichtigte die spanischen Behörden und den britischen und norwegischen Konsul davon. Das Schicksal des norwegischen Dampfers ist unbekannt.

Zur Torpedierung des holländischen Schoners „Elzina Helena“.

Wissingen, 4. April. (W. Z. B.) Ein Torpedobootzerstörer hat drei Mann von der Besatzung des torpedierten Schoners „Elzina Helena“ eingebracht. Die Mannschaft erzählte, der Schoner sei mit Holz von Norwegen nach England unterwegs gewesen. Gestern nachmittag habe sich unweit der englischen Küste ein deutsches Tauchboot genähert. Die Mannschaft des Schoners habe helfen müssen, die Ladung mit Petroleum zu übergeben. Die Deutschen hätten Sprengbläschen gelegt und darauf Explosionen verursacht, die wohl Schaden verursacht hätten, das Schiff sei aber auf der Ladung treiben geblieben. Das Tauchboot, das die Ankunft englischer Zerstörer besorgt habe, habe sich entfernt und das Boot mit den Holländern nach Noordhinder geschleppt. Die Deutschen hätten die Schiffspapiere behalten.

Ein englischer Torpedobootzerstörer beschädigt.

Zerschelling, 5. April. (W. Z. B.) Zwei Fischtrawler haben einen offenbar britischen Torpedobootzerstörer in schwer beschädigtem Zustand eingebracht. Nach einer anderen Meldung aus Omuiden ist der Fischtrawler „Celestine Juliette“ zwölf Meilen nordnordwestlich von Zerschelling dem englischen Torpedobootzerstörer „Medusa III“, der ins Schlepp genommen war, begegnet. Nach einer Meldung aus Wieland ist ein niederländischer Fischtrawler mit einem vermutlich englischen Torpedoboot auf dem Wege nach Stormel. Offenbar handelt es sich bei den zwei obigen Meldungen um ein und dasselbe englische Schiff.

Der Zeppelinangriff auf Schottland.

London, 4. April. (W. Z. B.) In einem Bericht der „Times“ über den Luftangriff auf Schottland heißt es: Die erste Warnung traf um 9 Uhr abends ein. Alle Lichter wurden gelöscht. Der Verkehr der Bahnen und auf den Straßen wurde eingestellt. Zehn Minuten vor 12 Uhr hörten wir von der See die erste Detonation. Eine Brandbombe setzte ein Gebäude in Brand. Der Feuerbrand mußte den Deutschen die Gegend erkennbar machen. Bomben wurden in rascher Folge abgeworfen, und einige wichtige Gebäude wären beinahe getroffen worden. Um 12 Uhr 30 Min. war der Angriff vorüber. Der Eindruck war, daß der Bezirk mindestens dreimal im Kreise überflogen war.

Holländischer Protest gegen die englische Postbeschlagnahme.

Haag, 5. April. (W. Z. B.) Das Ministerium des Äußeren veröffentlicht diplomatische Schriftstücke über die Beschlagnahme von Briefpost auf U-Booten durch englische Behörden. Darin sind abgedruckt die an die englische Regierung gerichtete Note vom 18. Dezember 1915, in der Holland gegen die Beschlagnahme von Briefpost protestiert, und die Note vom 12. Januar 1916, die in Antwortung der von England eingelaufenen Antwort auf die Note vom 18. Dezember an die englische Regierung gerichtet wurde. Am 1. April 1916 überreichten die Gesandten Englands und Frankreichs im Namen ihrer Regierungen ein Memorandum, in dem auch die Beschlagnahme von Postpaketen zur Sprache gebracht wurde. In Verbindung hiermit bemerkt der Minister des Äußeren, daß die holländische Regierung nicht die Ansicht teile, daß die durch den Haager Vertrag bestimmte Unverletzlichkeit der U-Bootpost auch die Paketpost einschließen. Die holländische Regierung habe nur dann Protest eingelegt, wenn die Beschlagnahme der Paketpost in Widerspruch zu den Rechten der Kriegführenden gestanden habe, soweit diese Güter betreffen, die auf neutralen U-Booten transportiert werden. Die holländische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Bezeichnung „Correspondance Postale“ im Haager Vertrag Sendungen von Effekten, Papieren und anderen Wert-

papieren umfaßt. Die Kriegführenden dürften bezügliche Sendungen deshalb unter keinen Umständen antasten, und der Minister des Äußeren erludt denn auch um Zurückgabe der von den englischen Behörden beschlagnahmten Papiere dieser Art.

Haag, 5. April. (W. Z. B.) Der Dampfer „Roerdaam“, der aus New York in Rotterdam eingetroffen ist, mußte seine Post in Falmouth zurücklassen.

Eine Denkschrift der Alliierten.

Paris, 4. April. (W. Z. B.) (Meldung der Agence Havas.) Nachdem einige neutrale Regierungen Frankreich und Großbritannien um Erklärungen über das Anhalten von Postpaketen, welche nach Feindesland bestimmt sind oder von ihm kommen, sowie über die Kontrolle der postalischen Korrespondenzen des Feindes ersucht hatten, ist gestern den Regierungen der Vereinigten Staaten, Spaniens, Hollands, der Schweiz, der skandinavischen Staaten und der drei südamerikanischen Republiken eine Denkschrift der Alliierten überreicht worden. Diese erinnert daran, daß die Mächte auf der Haager Konferenz im Jahre 1907 auf Anregung Deutschlands selbst die Unverletzlichkeit der postalischen Korrespondenz ausgesprochen gemäß einem von dem deutschen Kreuzer „Prinz Sittich Friedrich“ gegenüber dem französischen Dampfer „Florina“ geschaffenen Präzedenzfall. Die Denkschrift erinnert daran, daß die Deutschen zahlreiche Postfälschungen verübt haben. Andererseits habe die deutsche Regierung erklärt, daß sie das Haager Abkommen als nicht anwendbar betrachte, da es nicht von allen Kriegführenden unterzeichnet worden sei. Die Denkschrift schließt mit den folgenden Schlüssen:

1. Die Unverletzlichkeit kommt nicht in Betracht bei allen Postsendungen, die Korrespondenzen sind. Andererseits würde es bedeuten, dieser Unverletzlichkeit eine Tragweite zu verleihen, die sie nicht besitzt, wenn man für eine Befreiung von jeglicher Kontrolle bei den von der Post beförderten Artikeln und Gegenständen sorgen wolle und wäre es auch Kriegsbrennstoffe. Unter diesen Bedingungen geben die Regierungen der Alliierten bekannt, daß bei den in Postpaketen verpackten Waren ihr Recht der Durchsuchung und unter Umständen des Anhaltens und der Beschlagnahme nicht anders ausgeübt wurde und nicht anders ausgeübt werden wird als bei den in jeder anderen Form verpackten Waren.
2. Die durch das Haager Abkommen vom Jahre 1907 festgesetzte Unverletzlichkeit der postalischen Korrespondenzen beeinträchtigt keineswegs das Recht der Regierungen der Alliierten, Waren zu durchsuchen, und falls dies nottut anzuhalten und zu beschlagnahmen, die in Hüllen, Umschlägen und Briefen in den Postfächern verpackt sind.
3. Treu ihren Verpflichtungen und in Achtung der wirklichen Korrespondenzen werden die Regierungen der Alliierten für den Augenblick fortfahren, sich auf dem Meere der Beschlagnahme und Wegnahme dieser Korrespondenzen, Briefe oder Depeschen zu enthalten und deren Uebernichtung so schnell wie möglich zu sichern, sobald ihre Unverfänglichkeit dargelegt ist.

Einschränkung der englischen Kohlenlieferungen an die Neutralen.

Kopenhagen, 4. April. (W. Z. B.) Nach „Berlingske Tidende“ haben die Schiffreederei und Einfuhrhäuser in den nordischen Ländern von ihren englischen Verbindungen eine Bekanntmachung des englischen Handelsamts mitgeteilt erhalten, wonach mit Rücksicht auf die bestehende Knappheit an Kohlen und die erhöhte Nachfrage nach Kohlen nach dem 25. April nur diejenigen Schiffe noch englische Kohle erhalten, die mit Ladungen und nicht nur mit Ballast nach England fahren. Diese Bestimmung ist für die dänischen Schiffe noch sehr unklar und sehr weitgehend, denn da für sie Kohle nach England nicht immer vorhanden ist, würden sie gezwungen sein, eventuell Holzladungen von Schweden und Norwegen mitzunehmen. Dies ist mit Rücksicht auf den Charakter dieser Ladungen als Baumgut außerordentlich schwierig und gefährlich.

Eine sozialdemokratische Friedenskonferenz.

Die „Voss. Btg.“ meldet unter dieser Ueberschrift aus Amsterdam: Nach einer Besprechung mit dem Belgier Camille Huysmans gab auch die britische Sozialistenpartei die Erklärung ab, daß Sozialisten aller Kriegführenden und neutralen Staaten an einer Besprechung der Probleme der Friedensbedingungen teilnehmen sollen. Außerdem wird empfohlen, daß das Internationale Sozialistische Bureau sich mit diesen Problemen beschäftigen, woran auch die deutsche Abteilung teilnehmen soll. (2)

Friedensdemonstration in Florenz.

Ueber Lugano wird Berliner Blättern berichtet, daß in Florenz am letzten Sonnabend Tausende von Frauen aus der Stadt und Umgebung heftige Kundgebungen veranstalteten mit den Rufen: „Nieder mit dem Krieg, schickt uns unsere Männer nach Hause, gebt uns Brot für unsere Kinder!“ Polizei und Militär vermochten die Kundgebungen nicht zu unterdrücken. An zahllosen Geschäften wurden die Fenster eingeschlagen. Die Kundgebungen steigerten sich zeitweise zu Revolten, so daß sich die Polizei wiederholt zurückziehen mußte. Erst auf Einschreiten angesehener Bürger hörten die Kundgebungen auf. Es herrscht in Florenz und Umgebung infolge der starken Lebensmittelteuerung großer Notstand.

Eine englische Stimme.

In der „Daily News“ vom 24. März vertritt Moore Ede den Standpunkt, die deutsche Verfassung könne nur durch den Willen des deutschen Volkes, aber nicht durch irgendeinen Eingriff von außen geändert werden. Wörtlich fährt er dann (laut „Welt am Montag“) fort:

„Erfolgreiche Teile des deutschen Volkes wünschen, daß die Regierung den Gegnern akzeptable Friedensbedingungen anbiete. Aber sie werden von den „Militaristen“ auf den Mund geschlagen mit der Behauptung, die Alliierten verlangten die Vernichtung des Vaterlandes.“

Wenn die Alliierten öffentlich erklärten, daß sie die Integrität des deutschen Besitzes in Europa garantierten, so würden sie die militärischen und annexionsistischen Elemente schwächen, indem sie den Druck auf die deutsche Regierung vermindern, den Alliierten annehmbare Vorschläge zu machen.

Weder Arher noch ich sind „Pro-Berliner“ oder Freunde eines Friedens um jeden Preis. Aber wir wünschen die Position der antimilitaristischen und antiannektionistischen Elemente in Deutschland durch eine antiannektionistische Erklärung auf unserer Seite zu stärken. Das ist der Weg zu dauerhaftem Frieden, während das Annehmen mit der Zurückweisung Deutschlands den Militarismus stärkt und dadurch die Opfer an Menschenleben unnötig erhöht. (2)

Die neuen englischen Steuervorlagen.

London, 4. April. (W. Z. B.) Unterhaus. (Fortsetzung.) McKenna erklärte, daß der Vorschlag auf der Annahme beruhe, der Krieg werde das ganze Finanzjahr hindurch andauern. Die Ausgaben des letzten Jahres betragen 1559 Millionen Pfund Sterling, 31 Millionen weniger als veranschlagt, 264 Millionen

seien den Alliierten und 52 Millionen den Dominien vorgestreckt worden. Der Fehlbetrag des Jahres habe sich auf 1222 Millionen Pfund Sterling belaufen, und die Staatsschuld sei bis zum 31. März auf 2140 Millionen gestiegen, wovon 388 Millionen auf die den Alliierten vorgestreckten Summen entfielen. Der Schatzkanzler wies darauf hin, daß das Vertrauen der Gläubiger zum Staat dadurch gefährdet werde, daß die Einnahmen aus Steuern erhöht werden und für Zinsen und Tilgung Sorge getragen werde, ehe man Geld aufnehmen.

McKenna führte weiter aus, die neue Besteuerung werde für sich allein tatsächlich 65 Millionen Pfund Sterling erbringen. Die Einfuhr von Luxuswaren werde verhindert werden, anstatt sie mit einem Einfuhrzoll zu belegen, was im Hinblick auf die Schwierigkeit der Durchführung und die Einschränkung der Lebenshaltung nicht ratsam sei. Der Stand der nationalen Schuld werde am Ende des Finanzjahres 1916/17, abgesehen von 800 Millionen Pfund Sterling, die den Verbündeten und den Dominions vorgestreckt worden seien, sich auf 2400 Millionen Pfund belaufen, deren Verzinsung und Tilgung das öffentliche Budget mit 145 Millionen Pfund Sterling belasten würden. Die Aufwendungen für den Krieg seien hierbei nicht in Anrechnung gebracht. Letztere würden 338 Millionen Pfund Sterling betragen unter Einschluß von 145 Millionen für den Schuldendienst und 20 Millionen für Pensionen. Andererseits ergäben die dauernden Einnahmen mit Ausschluß von 86 Millionen Pfund Sterling Ertrag aus der Kriegsgewinnsteuer eine Summe von 423 Millionen Pfund Sterling, so daß ein Ueberschuß von 85 Millionen Pfund Sterling verbliebe. Eine umfangreiche Vorsorge sei für die Erfordernisse des Krieges getroffen worden, und wenn der Frieden komme, werde ein weiterer Spielraum für eine Ermäßigung der Besteuerung vorhanden sein. Ueber 300 Millionen Pfund Sterling würden jährlich aus den seit Beginn des Krieges geschaffenen Steuern aufgebracht. McKenna schloß: Während der deutsche Schatzsekretär Helfferich eine zweifelhafte Zunahme der Steuereinnahmen um 24 Millionen Pfund Sterling ankündigte, konnten wir mit Recht darauf hinweisen, daß bei uns sich weder auf dem Gebiet der inneren Verwaltung noch in bezug auf die militärischen Erfordernisse ein Mangel gezeigt hat.

Vernichtung des preussischen Militarismus.

Der „Temps“ vom 24. März bekämpft die von verschiedenen Seiten geäußerte sozialistische These, daß der Kapitalismus am Kriege schuld sei: „Wäre dem so, dann trüge nicht Deutschland die Schuld an diesem Kriege, sondern jedes der kriegführenden Länder gleichmäßig, und es wäre unredlich, das deutsche Volk für die Entfesselung des Krieges und alle Schrecken desselben büßen zu lassen. Diese Argumentierung ist nur eines jener leichten Mittel, die den Weg zum hinkenden Frieden bereiten sollen, ist aber grundfalsch. Denn trüge der Kapitalismus die Schuld, wie hätte die Sozialdemokratie, die traditionelle Gegnerin desselben, der deutschen Regierung auf die Bahn des Krieges folgen können, wie hätte sie die Kriegskredite bewilligen, alle Völkerrechtsverletzungen billigen und sich selbst für Annexionen aussprechen können. Ebenso falsch ist aber die These Brantings (im „Daily Telegraph“), daß das deutsche Volk, je mehr die Existenz Deutschlands durch die Verbündeten bedroht würde, um so weniger geneigt sein würde, Hand an die eigenliche Kraft seines Widerstandes zu legen, und daß es nur von sich aus den preussischen Militarismus werde zerstören können. Dies ist ein verhängnisvoller Irrtum. Wie sollte das deutsche Volk, das sich bemüht die Rüstung für seine Welt Herrschaftspläne geschaffen hat, sich dazu entschließen, auf diese Waffe zu verzichten, die allein ihm gestatten würde, die verlorene Stellung zurückzugewinnen? Darum ist es für den Verband zwingende Pflicht, den Krieg bis zu seinem logischen Ende, der Vernichtung des preussischen Militarismus, zu führen. Denn das deutsche Volk selbst ist unfähig erkannt worden, diese Macht des Bösen zu besitzeln, die so viele Ruinen angehäuft und Millionen Menschenleben zerbrochen hat.“

Ein neuer Kriegsminister in Italien.

Mailand, 5. April. (W. Z. B.) Durch ein gestern erlassenes königliches Dekret ist wie die Blätter melden, die Demission des bisherigen Kriegsministers Dupelli angenommen worden. Generalleutnant Paolo Morone wurde zu seinem Nachfolger ernannt. Der König verlieh Dupelli *manu propria* das Großkreuz des Ordens der italienischen Krone.

Die Wirren in Mexiko.

Jeronimi (Chihuahua), 5. April. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Zweihundert amerikanische Kavalleristen schlugen am 1. April eine gleich starke Abteilung von Anhängern Villas bei Aguascalientes und töteten dreißig von ihnen. Die Amerikaner hatten keine Verluste. Villa war nicht zur Stelle.

Washington, 5. April. (Durch Funkpruch vom Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau.) General Gustin hat dem Kriegsamt mitgeteilt, daß er weitere Truppen nach Mexiko senden werde, um die Verbindungslinien zu sichern.

Letzte Nachrichten.

Italienische Einberufungen.

Rom, 5. April. (T. U.) Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verfügung betreffend die Einberufung der Rekruten des Jahrganges 1897 sowie der Zurückgestellten aus den Jahrgängen 1892 bis 1895. Des weiteren haben sich alle bisher für untauglich befundenen aus den Jahrgängen bis 1895 zur erneuten Untersuchung zu melden.

Auffindung deutscher U-Bootstationen.

Bern, 5. April. (W. Z. B.) „Temps“ veröffentlicht eine Mitteilung, wonach englische Kreuzer bei Durchscheidung griechischer Inseln Wachen für deutsche Tauchboote entdeckt haben. Die griechische Regierung habe so wohl keine Kenntnis von diesem Mißbrauch griechischer Inseln, die Alliierten hätten aber das strikteste Recht, diese Viperneiter zu zerstören.

Ein holländisches Demont.

Haag, 5. April. (W. Z. B.) In der niederländischen Presse wurde heute ein Bericht des „Evensla Dagbladet“ veröffentlicht, in dem behauptet wird, daß die britische Regierung der niederländischen vorgeschlagen habe, den Durchmarsch einer Armee durch Seelandisch-Flandern zu gestatten. Das Ministerium des Äußeren teilt mit, daß diese Behauptung vollständig unrichtig ist.

Zur Verletzung der „Elzina Helena“.

Haag, 5. April. (W. Z. B.) Das Marineministerium meldet, daß die Untersuchung über die Versenkung des niederländischen Schoners „Elzina Helena“ ergab, daß das Schiff, welches mit einer Holzladung von Drammen in Norwegen nach Norke in England unterwegs war, am 3. April in der Nordsee von dem deutschen U-Boot 30 angehalten und, weil es Fortbewande führte, versenkt wurde, nachdem die drei Mann der Besatzung von Bord gegangen waren. Das U-Boot hat darauf das Boot der „Elzina Helena“ nach dem Leuchtschiff Noordhinder geschleppt und die drei Seeleute dem Leuchtschiff übergeben.

Die Kriegsziele des Reichskanzlers.

80. Sitzung, Mittwoch, den 5. April 1916, nachmittags 8 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann Hollweg, v. Wandel, zahlreiche Staatssekretäre und preussische Minister.
Das Andenken der verstorbenen Abg. Birkenmeyer (3.) und Döhrcher (nall.) wird durch Erheben von den Eigen geehrt.

Die Stills für den Reichskanzler und das Auswärtige Amt.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Als ich vor einem Vierteljahr vor Ihnen sprach, habe ich mich befreit, Ihnen auf Grund nächster Tatsachen ein Bild der militärischen Lage zu geben. Die Ereignisse haben die Zuverlässigkeit, mit der ich damals sprechen konnte, gerechtfertigt. Das Dardanellenunternehmen unserer Feinde hat mit einem Fiasko geendet. Nach dem siegreichen serbischen Feldzug, in dem an unserer und Oesterreich-Ungarns Seite das bulgarische Heer untergeordnetem Ruhm geerntet hat, sind Montenegro und Albanien in den Händen unserer Bundesgenossen. (Beifall.) Die Engländer bemühen sich nach wie vor um die Befreiung ihrer in Arab-el-Amara eingeschlossenen Truppe. Den Russen ist es zwar gelungen, sich mit vielfacher Uebermacht Erzerums zu bemächtigen, aber starke türkische Kräfte verbieten ihnen ein weiteres Vordringen. (Beifall.) Ebenso wie die russischen Anstürme in Ostgalizien sind die immer erneuten Angriffe der Italiener auf der Frontlinie an der jähren Tappferkeit der österreichisch-ungarischen Truppen abgeprallt. (Beifall.) Mit unerhörten Anstrengungen haben die Russen auf langer Front ihre Sturmfronten auch gegen unsere Linien vorgeschoben; vor Hindenburg und seinen Tapferen sind sie unter ungeheuren Verlusten zusammengebrochen. (Stürmischer Beifall.) Von den Regierungen ist den feindlichen Völkern emgeredet worden, wir gingen mit unserer militärischen Kraft dem Ende entgegen, wir hätten keine Mannschaften mehr, die Moral unserer Truppen fange an sich zu zermürben. Nun, ich denke, die Schlacht vor Verdun belehrt sie eines Besseren. (Sehr richtig.) Die mit genialer Umsicht vorbereiteten Operationen werden von heldenmütigen Truppen durchgeführt, die gegen einen mit aufopfernder Tapferkeit kämpfenden Feind Vorteil um Vorteil erringen. (Beifall.) So ist die militärische Lage auf allen Fronten sehr gut und durchaus den Erwartungen entsprechend.

Wenn wir das hier zu Hause aussprechen, welchen Dank, welchen heißen Dank müssen wir an unsere Krieger und ihrer Führer draußen hinaus senden, die nun schon im 20. Kriegsmonat draufgängiger und todesmütig, wie am ersten Tage die Heimat mit Leib und Seele schützen! (Lebhafter Beifall.) Unsere Feinde glauben, das was sie nicht mit den Waffen verwirklichen können, durch unsere Abiperrung und Auszehrung erreichen zu können. Ich habe es verstanden, daß unsere Gegner im Jahre 1915 von dieser Hoffnung nicht lassen wollten, aber ich verstehe es nicht, wie fühle Kämpfe nach den Erfahrungen des Jahres 1915 an dieser Hoffnung noch festhalten können. (Sehr richtig.) Unsere Gegner vergessen, daß unser Staatswohl dank der organisatorischen Kraft der ganzen Bevölkerung den schweren Fragen der Verteilung der Lebensmittel gewachsen ist. Sie vergessen, daß das deutsche Volk über eine

gewaltige moralische Reserve

verfügt, die es befähigt, die in den letzten Jahrzehnten stark gestiegene Lebenshaltung einzuschränken. Es ist doch erträglich, wenn wir z. B. in der Frage des Fleischgenusses, aber auch in anderen Lebensbedingungen vorübergehend auf die Zustände in den fiebziger Jahren zurückgehen, und ich sollte meinen, unsere Feinde werden sich erinnern, daß das damalige Geschlecht noch kräftig genug war, um starke Schläge auszuhalten. (Sehr richtig.) Die Monate, die wir jetzt durchleben — ich spreche das offen aus — sind schwierig. Sie bringen Beschränkungen in manchen Haushalten, Sorge in manche Familie, aber um so voller und dankbarer ist unsere Bewunderung für den Opfermut, für die Hingabe an das Vaterland, mit der die Armen und die minderbemittelte Bevölkerung sich in die schwere Zeit schiden und bereit sind, in diesem Kampf um unser Dasein auch das Schwerste auf sich zu nehmen. (Beifall.)

Nach den Berichten vom ganzen Lande ist anzunehmen, daß die Arbeit der Daheimgebliebenen ihre Früchte bringen wird, wenn der Himmel uns weiter seinen Segen gibt. Es ist viele Jahre her, daß die Staatenstandsberichte zu dieser Zeit ein so hoffnungsvolles Bild geben konnten, wie es jetzt der Fall ist. (Hört! hört!) Die Getreideernte von 1915 war eine der schlechtesten seit vielen Jahrzehnten, und doch reichen wir nicht nur mit unserem Brotgetreide, sondern werden mit einer stattlichen Reserve in das neue Erntejahr hinübergehen. (Bravo!) Die landwirtschaftliche Kraft Deutschlands bewährt sich aufs neue. Wie wir bisher ausgekommen sind, so werden wir auch weiter auskommen.

In dem Bestreben, uns auszuhungern und abzusperrn und den Krieg auf das ganze deutsche Volk, auf unsere Frauen und unsere Kinder auszudehnen, sind England und seine Verbündeten über alle Rechte der Neutralen zum Handel und Verkehr mit den mittel-europäischen Staaten zur Tagesordnung übergegangen. Die amerikanische Note vom 8. November 1915, die eine zureichende Darstellung der englischen Völlerrechtsverletzungen enthält, ist, soviel bekannt, bis zum heutigen Tage von der englischen Regierung nicht beantwortet worden. (Lebhafter Hört! hört!) Wie diese, so haben auch die übrigen Proteste der Neutralen bei unseren Feinden keinen anderen Erfolg als den weiterer Neutralitätsverletzungen gehabt. Ist doch England so weit gegangen, daß es selbst menschenfreundliche Betätigungen amerikanischer Philanthropen, wie die Zufuhr von Milch für die deutschen Kinder, einfach verboten hat. (Hört! hört!) Die letzte Ordre of Council bedroht den Handel der neutralen Häfen mit neuen völlerrechtswiderstehenden Verschärfungen der Blockaderegeln, wegen deren Verletzung die amerikanische Regierung bereits früher Einspruch erhoben hat.

Meine Herren! Kein ruhiger Neutraler, mag er uns wohlgestimmt sein oder nicht, kann von uns verlangen, daß wir uns gegen diesen völlerrechtswidrigen Auszehrungskrieg nicht unerwartet zur Wehr setzen. (Lebhafter Zustimmung.) Kann von uns erwarten, daß wir die Mittel der Abwehr, über die wir verfügen, und entgegen lassen. Wir wenden diese Mittel an und wir müssen sie anwenden. (Sehr richtig.) Wir erkennen die berechtigten Interessen der Neutralen am Weltverkehr und am Weltverkehr an, aber wir erwarten, daß die Rücklicht, die wir nehmen, von ihnen verstanden und unser Recht, ja unsere Pflicht anerkannt wird, gegen diese nicht nur dem Völlerrecht, nein, der einfachsten Menschlichkeit höhnisch sprechende Auszehrungspolitik unserer Feinde mit allen Mitteln Vergeltung zu üben. (Lebhafter Bravo!)

Seit ich zuletzt hier sprach, sind wir genötigt gewesen Portugal den Krieg zu erklären. Sie haben gehört, welche Reihe von Neutralitätsverletzungen Portugal sich hat zuschulden kommen lassen. Der unter Saltschiffen höhnend bewerkstelligte Raub unserer Schiffe hat dem Roheden Boden ausgeschlagen. Portugal hat unter der Einwirkung Englands gehandelt, England aufs neue

seine liebevolle Protektion der kleinen Staaten bewiesen. (Sehr gut.)

Als ich am 2. Dezember hier unsere

Bereitswilligkeit zu Friedensverhandlungen

erklärte, sagte ich, daß ich eine gleiche Bereitswilligkeit bei den Regierungen der feindlichen Länder nirgends erkennen könnte. Daß ich recht hatte, hat alles gezeigt, was inzwischen geschehen ist, und was wir aus dem Munde der feindlichen Staatsmänner vernommen haben. (Sehr richtig.) Die Reden, die in London, Paris, Petersburg und Rom gehalten worden sind, sind so eindeutig, daß ich darauf nicht zurückkommen brauche. Nur ein Wort an die Adresse des englischen Ministerpräsidenten Herrn Asquith. Auf seine persönlichen Inbektiven antworte ich nicht (Bravo!), weil ich persönliche Verunglimpfungen des Gegners auch im Kriege nicht für würdig halte. (Sehr gut!) Aber ich will ihm sachlich kurz antworten. Für Herrn Asquith ist die vollständige und endgültige Zerstörung der militärischen Macht Preußens die Vorbedingung aller Friedensverhandlungen. Gleichzeitig aber vernimmt Herr Asquith in meiner Rede deutsche Friedensangebote. (Heiterkeit.) Ueber Friedensangebote zu verhandeln, die von der andern Seite gemacht wurden, dazu sei jede Partei bereit. Ja, meine Herren, gesetzt einmal, ich schlage Herrn Asquith vor, sich mit mir an einen Tisch zu setzen und über die Möglichkeit eines Friedens zu verhandeln und Herr Asquith begäme mit der Forderung der endgültigen und vollständigen Zerstörung der Macht Preußens, das Gespräch wäre zu Ende, noch ehe es begann. (Leb. Zustimmung.) Auf solche Friedensbedingungen bleibt uns nur eine Antwort und diese Antwort erteilt unser Schwert.

(Lebhafter Beifall.) Wenn unsere Feinde das Blutvergießen, das Menschenmorden, die Vertilgung Europas weiter fortsetzen wollen, sie trifft die Verantwortung. Wir stehen unseren Mann, und unsere Arme wird zu immer stärkeren Schlägen ausholen. (Lebhafter wiederholter Beifall.)

Beim Ausbruch des Krieges habe ich an das Wort Koffes erinnert, daß wir noch einmal in blutigen Kämpfen das verteidigen müssen, was wir 1870 errungen haben. Für die Wahrung der Einheit und Freiheit Deutschlands sind wir, die ganze Nation geschlossen wie ein Mann, in den Kampf gezogen. Dieses einige und freie Deutschland ist es, das unsere Feinde vernichten wollen. Ohnmächtig soll Deutschland wieder werden, wie in vergangenen Jahrhunderten, den Machtgelüsten der Nachbarn ausgelegt, der Prügelfolge Europas, auch noch nach dem Kriege in der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Fähigkeiten ewig in Fesseln geschlagen.

Das verstehen unsere Feinde unter der Vernichtung der militärischen Macht Preußens. Sie werden sich die Köpfe einrennen. (Lebhafter Beifall.) Was wollen wir dagegen? Sinn und Ziel dieses Krieges ist uns ein Deutschland, so fest gefügt, so stark beschützt, daß niemand wieder in die Versuchung gerät, uns vernichten zu wollen, daß jedermann in der weiten Welt unser Recht auf Betätigung unserer friedlichen Kräfte anerkennt muß. Dieses Deutschland, nicht die Vernichtung fremder Nationen, ist das, was wir erreichen wollen. (Sehr wahr.) Und es ist das zugleich die Rettung des in seinen Grundfesten erschütterten europäischen Kontinents. Was kann die feindliche Koalition Europa bieten? Rußland — das Schicksal Polens und Finnlands! Frankreich — die Präntion der Hegemonie, jener Hegemonie, die unser Feind war! England — die Zersplitterung, den Zustand dauernder Reizbarkeit, den es das Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent zu nennen beliebt und der die letzte und innerste Ursache für all das Unheil gewesen ist, das in diesem Kriege über Europa und über die Welt gekommen ist! (Lebhafter Zustimmung.) Gätten sich die drei Mächte nicht gegen uns zusammenschließen, nicht verliert, das Rad der Geschichte in ewig verflorenen Zeiten zurückzudrehen, dann hätte sich der europäische Friede durch die Kräfte stiller Entwicklung allmählich hergestellt. Das zu erreichen, war das Ziel der deutschen Politik vor dem Kriege. Wir können, was wir haben wollen, durch friedliche Arbeit haben. Die Feinde haben den Krieg gewählt. (Abg. Dr. Liebknecht: Sie haben den Krieg gewählt! — Große Unruhe im Hause. — Jurufe: Lausbub! Lump! Kaus!).

Präsident Dr. Kaempff

ruft den Abg. Dr. Liebknecht zur Ordnung.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg (fortfahrend):

So muß der stille Friede Europas aus den Gräbern von Millionen erstehen. Zu unserer Verteidigung sind wir ausgezogen, aber das, was war, ist nicht mehr, die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärtsgewand, es gibt kein Zurück. Unsere und Oesterreich-Ungarns Abicht ist es nicht gewesen,

die polnische Frage

aufzuroffen, das Schicksal der Schlächten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harret der Lösung. Deutschland und Oesterreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. (Bravo!)

Den Status quo ante kennt nach so ungeheueren Geschicknissen die Geschichte nicht.

(Lebhafter Zustimmung.) Nach dem Kriege wird ein neues sein, das Polen, auf das der russische Tschinownik (Polizeibeamte) unter Erpressungen und Ausraubungen seinen Fuß gesetzt, das der Koal brennend und sengend verlassen hat, ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik, seitdem Deutschland und Oesterreich-Ungarn ehrlich für das unglückliche Land gefordert haben, nicht mehr vorstellen können. Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen von dem Prinzip der Rationalität. Wenn er das tut und wenn er sich in die Lage des Unbesiegten und Unbesiegbaren Gegners verlegt, kann er dann annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völler zwischen dem Baltischen Meer und den wohnynischen Kämpfen wieder dem reaktionären Rußland ausliefern wird, mögen es Polen, Esten, Litauer oder Letten sein? (Bravo!) Nein, Rußland darf nicht zum zweiten Male seine Geere auf die ungegähnte Grenze Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen (Bravo!), nicht noch einmal mit französischem Gelde Deutschland als Einfallort benutzen und in das ungegähnte Deutschland einrücken. (Erneuter Beifall.) Und wenn jemand glaubt, daß wir die im Westen besetzten Länder, auf denen das Blut unseres Volkes geflossen ist, ohne völlige Sicherheit für unsere Zukunft freigeben werden — wir werden uns

reale Garantien

dafür schaffen, daß Belgien nicht englisch-französischer Vasallen-Staat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. (Bravo!)

Auch hier gibt es keinen Status quo ante

(Bravo!), auch hier kann Deutschland das lange niedergebaltene völlerrechtliche Volkstum nicht wieder der Verwirklichung preisgeben. (Lebhafter Beifall.) Abg. Liebknecht: Heuchelei! Wir wollen eine seiner Anlage und Entwicklung entsprechende, auf

der Grundlage seiner Sprache und seiner innerlichen Einheit gesicherte Nation, wir wollen keine Nachbarn, die sich aufs neue gegen uns zusammenschließen, um uns zu erdroffen, wir wollen Nachbarn, die mit uns und mit denen wir zusammenarbeiten, zu unserem gegenseitigen Nutzen. (Stürmischer Beifall. — Liebknecht: Die Sie dann überfallen! Ueberfall auf Belgien! Ein Mitglied des Zentrums ruft dem Abg. Liebknecht zu: Geben Sie doch nach Rußland!) Hat nicht friedliche deutsche Arbeit, friedlicher deutscher Fleiß in Antwerpen weiter gearbeitet an der Wohlfahrt des Landes? (Sehr richtig!) Sind wir nicht auch jetzt während des Krieges bestrebt, das Leben des Landes wieder aufzurichten so weit wie möglich? (Erneute Zustimmung.) Die Erinnerung an diesen Krieg wird in dem schwer heimgefügten Lande lange nachzittern. (Liebknecht: Ihre Schuld!) Wir können nicht zulassen, im beldeutschen Interesse nicht, daß daraus wieder neue Kriege hervortwachsen können.

Meine Herren, ich möchte hierbei noch eine andere Frage berühren. Die russische Regierung ist seit Beginn des Krieges mit allen Kräften bestrebt gewesen, die Deutschen russischer und deutscher Staatsangehörigkeit zu berauben und zu verjagen. Es ist unser Recht und unsere Pflicht von der russischen Regierung zu verlangen, daß sie das gegen alles Menschenrecht begangene Unrecht wieder gut macht (Bravo!) und unseren verjagten und gepeinigten Landsleuten die Tür aus der russischen Knechtschaft öffnet. (Lebhafter Beifall.)

Das Europa, das aus dieser ungeheuerlichsten aller Kriege erstehen wird, wird in vielen Stücken dem alten nicht gleichen.

Das geflossene Blut kommt nie, das vergangene Gut nur langsam wieder; aber wie es auch sein möge, es muß für alle Völler, die es bewohnen, ein Europa der friedlichen Arbeit werden. (Beifall.) Der Friedensschluß, der diesen Krieg beendet, muß ein dauernder sein, er darf nicht den Keim zu neuen Kriegen, sondern den einer neuen endgültigen friedlichen Ordnung der europäischen Dinge in sich tragen. (Abg. Liebknecht: Machen Sie das deutsche Volk erst frei! — Glocke des Präsidenten. — Abg. Dr. Liebknecht wiederholt trotz anhaltenden Läutens des Präsidenten seinen Ruf. — Präsident Dr. Kaempff: Ich rufe Sie zur Ordnung. Sie stören die Ordnung des Hauses in unerhörter Weise. — Jurufe.)

In der langen Kriegsgemeinschaft mit unseren Bundesgenossen ist immer fester im Wachen der Geist der freundschaftlichen Kameradschaft. Dieser Kriegsgemeinschaft muß und wird eine Arbeitsgemeinschaft des Friedens folgen im Dienste der wirtschaftlichen und kulturellen Wohlfahrt der immer enger verbündeten Völler. (Lebhafter Beifall.) Wir gehen auch hier einen anderen Weg als unsere Gegner. England will auch nach dem Friedensschluß den Krieg nicht aufhören lassen, sondern den Handelskrieg gegen uns mit doppelter Schärfe einsetzen lassen. Erst sollen wir militärisch, dann wirtschaftlich vernichtet werden. Ueberall eine brutale Fortjüngung und Vernichtungswut und der vermessene Wille, ein Volk von 70 Millionen zum Krüppel zu schlagen. Auch diese Drohung wird zerfallen, aber die Staatsmänner, die solche Worte brauchen, mögen dessen eingedenk sein: Je festige ihre Worte, desto stärker unsere Schläge! (Lebhafter Beifall.)

Und wenn wir über Europa hinaus sehen: Von jeder Verbindung mit der Heimat abgeschnitten haben unsere Schuttruppen und Landsleute unsere Kolonien zäh verteidigt, machen sie noch jetzt in Ostafrika heldenmütig dem Feinde jeden Fußbreit Boden streitig. (Bravo!) Aber das endgültige Schicksal der Kolonien wird nicht dort, sondern, wie Bismarck sagte, hier auf dem Kontinent entschieden. Unsere Siege auf dem Kontinent werden uns

einen Kolonialbesitz sichern

und der unbertwärlischen deutschen Unternehmungslust eine neue fruchtbringende Tätigkeit eröffnen. (Lebhafter Beifall.)

So gehen wir frei und offen und mit wachsender Zubersticht der Zukunft entgegen. Nicht in Ueberhebung und Selbstjähnung, aber voller Dank gegen unsere Krieger und in dem heiligen Glauben an uns und unsere Zukunft. (Beifall.) Groß und breit wie Berge liegen bei unseren Feinden Selbstjähnung, ingrinniger Haß und Volksbetrug. Die feindlichen Staatsmänner setzen sich zusammen und erfinden immer neue Formeln zu den alten, damit nur dieser Damm nicht gebrochen werde. Wir haben keine Zeit zur Rhetorik. Stärker sind die Tatsachen, die wir für uns reden lassen. (Sehr gut!) Und zu diesen Tatsachen gehört eben auch die, die unsere Kriegsziele von denen unserer Gegner scheidet. Von allen kriegführenden Mächten ist Deutschland die einzige, der von ihren Feinden aus dem Munde der Staatsmänner die Vernichtung und Zerstückelung des Reiches, die Zerstörung des Wesens unserer militärischen und wirtschaftlichen Macht angedroht wird. Die treibenden Kräfte, die vor dem Kriege die Koalition gegen uns zusammengeführt hatten, Eroberungslust, Revanchelust, Eiferucht gegen den Konkurrenten auf dem Weltmarkt, sie sind auch während des Krieges trotz aller Niederlagen bei den Regierungen unserer Feinde mächtig geblieben.

In diesem Kriegsziele sind sich London, Paris, Petersburg einig und dieser Tatsache stellen wir die andere gegenüber, daß, als die Katastrophe über Europa hereindrach, wir andere als 1870, wo die Reichslande und das Kaiserium jedem Deutschen als selbstverständlicher Siegespreis vorhielten, nur das eine Ziel hatten, uns zu wehren, uns selbst zu behaupten, den Feind von der Heimat fernzuhalten und von dort, wo er seine Vernichtungs- und Zerstörungswut in so ungeheurer Weise erprobt hatte, so schnell wie möglich zu vertreiben. Wir hatten den Krieg nicht gewollt, wir sind es nicht gewesen, die einer anderen Nation Vernichtung der Existenz, Zerstörung des nationalen Wesens angedroht haben.

Und woher nehmen wir die Kraft, um trotz aller Abiperrungs-schwierigkeiten daheim die Bevölkerung zu versorgen und die Ueberzahl der Feinde weiter zu schlagen und zu siegen. Will jemand ernsthaft glauben, daß es Ländergier sei. (Abg. Dr. Liebknecht: Jawohl! — Erregte Gegenrufe und große Unruhe.) Soll ein Volk, das der Welt so viele geistige Güter geschenkt hat, das so viele Jahre hindurch die friedliebendste aller Nationen gewesen ist, sich in Barbaren und Hunnen verwandelt haben? Nein, das sind Erfindungen derer, die den Krieg wollten. (Zwischenerufe des Abg. Dr. Liebknecht und große Unruhe.) Die neueste Ausgeburt dieser Sucht, uns zu verleunden, ist die Behauptung, daß wir uns in einen Krieg mit dem amerikanischen Kontinent stürzen wollen, um Kanada zu erobern. (Heiterkeit.) Es sind das dieselben Behauptungen, wie die, daß wir in Brasilien und sonst auf dem amerikanischen Kontinent Eroberungen machen wollen. Kalblügelt legen wir diese törichte, abelwollenden Erdichtungen zu den übrigen. Unsere Ziele sind klar. Weil das jeder mit uns weiß, darum sind unsere Herzen und Nerven stark. Für Deutschland, nicht für ein fremdes Stück Land bluten und sterben Deutschlands Söhne. (Abg. Liebknecht: Das ist nicht wahr! — Präsident: Dr. Kaempff ruft den Abg. Liebknecht zur Ordnung.)

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Erinnerung schließen. Als ich das letztemal hier war, stand ich mit dem Kaiser auf einer Stelle, auf die ich Se. Majestät auch vor einem Jahre begleitet hatte. Der Kaiser erinnerte sich des Umstandes und sprach mit tiefbewegten Worten über den großen Wandel, den wir in diesem Jahre erlebt haben. Damals standen die Russen noch bis zu den Karpatenpässen. Der Durchbruch bei Gorlice und die Hinden-

burgische Offensive waren noch nicht im Gange. Heute stehen wir bis tief nach Russland hinein. Damals berannten die Engländer Gallipoli, um den Balkan in Brand zu legen, heute steht Bulgarien fest an unserer Seite, damals war die schwere Abwehrschlacht in der Champagne im Gange, heute hangt zu den Worten des Kaisers der Kanonen donner von Verdun herüber. Dieser Dank gegen Gott erfüllte das Kaiserheer. Ich darf wohl sagen, daß mir in dieser Stunde das Ungeheure, das Heer und Flotte in diesem Jahre für uns vollbracht haben, kräftiger und bewegender vor die Seele getreten ist als jemals. In erster Stunde ist Ihre und unsere gemeinsame Arbeit doppelt verantwortungsvoll. Kein anderer Gedanke kann uns befehlen, als der, wie helfen, wie stützen wir am besten unsere Krieger, welche draußen für die Heimat ihr Leben in die Schanze schlagen. Ein Geist, ein Wille führt sie. Dieser und alle einigende Geist leite auch uns. Er ist es, der über den Kampf der Väter hinweg unsere Kinder und Enkel in eine starke und freie Zukunft führen wird. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

Der Versämler Ratter verzichtet aufs Wort.

Abg. Dr. Spahn (Z.)

(auf der Tribüne und im Hause fast unverständlich): Wir danken dem Reichslanzler für seine Ausführungen, denn die Debatte über die Friedensziele wird mit dieser Rede nunmehr wohl auch öffentlich zur Einleitung kommen. Wir haben den Krieg nicht verhindern können, wir sind auch noch nicht in der Lage, ihn zu beendigen. Der entscheidende Sieg ist noch nicht errungen. Im wirtschaftlichen Kriege, den England gegen uns führen will, werden wir unseren Mann stellen (Bravo!), unsere Luftschiffe und U-Boote haben England gezeigt, daß es auch auf seiner Insel angreifbar ist. Friedensziele müssen Realziele sein. (Sehr richtig!) Des Krieges Seele ist der Friede. Was er uns bringt nach dem Rätsel dieser großen Katastrophe, das eine haben wir zu fordern: er muß mit einem greifbaren Ergebnis enden. Nach dem Osten hat uns der Kanzler das greifbare Ergebnis genauer gezeigt. Nach dem Westen hin hat er sich vorläufiger ausgesprochen. Auf jeden Fall müsse dafür gesorgt werden, daß Belgien nicht mehr ein Bollwerk Englands bleibe. Die notwendige Folge daraus ist, daß es politisch, militärisch und wirtschaftlich in unsere Hand zu legen kommen wird. (Bravo!) Ueber die innere staatsrechtliche Organisation Belgiens mag der Friede feinerzeit entscheiden. Wir wollten keinen Eroberungskrieg. Aber nun müssen wir unsere Grenzen nach unseren eigenen Interessen veränderten. Mit Österreich-Ungarn werden wir zweifellos in dauernder Lebensgemeinschaft bleiben. Unsere wirtschaftliche Basis muß eine breitere werden. Dafür brauchen wir einen

größeren territorialen Umfang,

als ihn das Deutsche Reich gewährt. (Bravo!) Unsere Wegner, die unseren Handel und unsere Industrie zerstören wollten, haben selbst daran mitgewirkt, daß unsere Industrie gestärkt aus diesem Kriege hervorgeht. Die Neutralen, sowie natürlich auch der Balkan und die Türkei müssen in unsere Wirtschaftsbeziehung einbezogen werden. Die Folge des uns auftragenden Krieges muß sein, die Erreichung und Sicherung unserer Weltmachtstellung. (Beifall.)

Abg. Ebert (Soz.):

Das Bild, das uns der Reichslanzler von der politischen und wirtschaftlichen Lage zeichnet, gibt leider wenig Hoffnung auf einen baldigen Frieden. Die Erwartung, daß die durch den Vorkrieg, die unabweisbaren wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges für alle Völker dem Friedensgedanken zum Durchbruch verhelfen würden, sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Auch die Friedensdebatte, die im Dezember auf unsere Veranlassung geführt worden ist, hat im feindlichen Ausland wenig Gegenliebe gefunden. Der Herr Reichslanzler hat vorhin darauf hingewiesen, daß die verantwortlichen Stellen in London, Paris, Petersburg seine Erklärung, er sei bereit Friedensangebote zu diskutieren, geradezu mit Kriegsanfängen beantwortet haben. Auch die letzte Pariser Konferenz der Alliierten hat in diesem Sinne Stellung genommen. Bekannt ist auch, daß namentlich die sozialistische Partei Frankreichs keine Friedensneigung zeigt. Aber trotzdem kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß die Friedensneigung bei den Völkern der feindlichen Länder sich mehr und mehr bemerkbar macht. Besonders in der letzten Zeit sind zum Teil geführt auf unsere hier geführte Friedensdebatte Bemerkenswerte Stimmen laut geworden. Ich verweise auf die Verhandlungen in der russischen Duma, namentlich aber auf die Verhandlungen im englischen Unterhaus. Die Friedensdebatte dort am 23. Februar d. J. ist von dem Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei, dem Sozialisten Snowden, eröffnet worden. Snowden hat sich dabei mehrfach auf unsere Verhandlungen vom 8. Dezember berufen und sich auf die Stellungnahme meiner Parteifreunde gestützt. Snowden hat sich in seiner Rede offen und entschieden für einen baldigen Frieden eingesetzt. Er sagte u. a.: „Wer könnte heute mit Bestimmtheit behaupten, daß ein der freitenden Armeen einen entscheidenden Sieg errichten müßte. Die Tatsache, daß nach 18 Kriegsmontaten die militärische Lage für die Alliierten so ungünstig ist, beweist nicht, daß ein entscheidender Sieg unerreichbar ist, aber in einer Frage wie dieser, wo Millionen Menschenleben auf dem Spiele stehen und das Schicksal Europas entschieden werden soll, ist es ein Verbrechen, den Selbstbetrug zu begünstigen. Kein Mensch mit Intelligenz und leidenschaftlichem Urteil wird einen vernünftigen Grund für die Hoffnung auf einen niederschmetternden Sieg nennen können.“ An anderer Stelle sagt er: „Man spricht man jetzt mehr von wirtschaftlicher Erschöpfung der Zentralmächte. Aber bis die Zeit kommt, wo der Feind zufolge der wirtschaftlichen Erschöpfung zusammenbrechen wird, wird jeder andere kämpfende tatsächlich in derselben Lage sein. Ein Erschöpfungskrieg wäre so lang und kostspielig, daß er alle kriegsführenden Nationen finanziell und kommerziell zu Grunde gerichtet zurücklassen würde.“ In der gleichen Sitzung haben auch zwei liberale Redner im englischen Unterhaus dem Friedensgedanken entschieden Ausdruck gegeben. Die Rede Snowdens läßt keinen Zweifel darüber, daß der Krieg

auf allen Völkern gleich schwer lastet

und daß alle den Frieden als Erlösung betrachten. Wenn trotzdem die feindlichen Staatsminister mit ihren Vernichtungsbreden den Kriegswillen ihrer Völker immer wieder zu entfachen suchen, so ist das heller Wahnsinn, wenn nicht mehr, denn nach den Erfahrungen dieses Krieges kann ernstlich niemand mehr mit einer Niederzwingung Deutschlands rechnen. (Sehr richtig!) Wir sind heute ebenso bereit und gewillt, Frieden zu schließen, wie wir es während des ganzen Krieges gewesen sind. Solange aber die feindlichen Mächte bei ihren Vertrimmerungsplänen beharren, solange die feindlichen Mächte keinerlei Friedensneigungen zeigen, solange werden wir mit unserer Waffe zur Verteidigung unseres Landes stehen. (Bravo!) Und Sozialdemokraten ist es nicht leicht geworden mit der Verteidigung unseres Landes auch das herrschende System mitzuschützen. Wir waren höchst unzufrieden mit den wirtschaftlichen Zuständen und standen in schroffem Gegensatz auch zu den politischen Zuständen im Reich. An unserer grundsätzlichen Stellung ist durch den Krieg nichts geändert worden. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten. Würden aber die Vertrimmerungspläne der feindlichen Mächte durchgesetzt, namentlich die auch auf der Pariser Konferenz der Alliierten schon wieder unterstrichene Einschränkung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit Deutschlands, so würde dieser Schlag gegen unsere Industrie und unseren Handel außerordentlich schwer die deutsche Arbeiterklasse treffen. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten. Der Kampf der deutschen Arbeiter um ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg, der Befreiungskampf der Arbeiter würde dadurch weiter zurückgeworfen. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten. Deshalb schlagen wir mit der Landesverteidigung die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter,

wir verteidigen und selbst.

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) So sehr wir aber unsere Kraft für die Verteidigung der Unabhängigkeit unseres Landes und für die Sicherung unserer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit einsetzen, so entschieden wenden wir uns gegen alle Bestrebungen, die auf die Vergewaltigung fremder Völker hinarbeiten. Wiederholt haben wir hier gegen jene Eroberungspläne, die von politisch Unverantwortlichen ausgeht und propagiert sind, entschieden Vertwahrung eingelegt. In diesem Zustand halten wir unter allen Umständen entschieden fest. (Abg. Liebknecht: Und die Rede des Reichslanzlers?) Wir wenden uns nach wie vor auf das entschiedenste gegen alle Eroberungsabsichten. In diesem Zusammenhang muß ich deshalb auch auf das entschiedenste Vertwahrung einlegen gegen die Ausführungen der Abg. Spahn über Belgien gemacht hat. (Liebknecht: Und der Reichslanzler? Lachen.) Was der Reichslanzler über Belgien gesagt hat, hat er gesagt, wenn ich ihn recht verstanden habe, selbstverständlich unter Bezugnahme auf seine vorangegangene Erklärung, daß wir nicht daran denken, andere Völker vergewaltigen zu wollen. An dieser Auffassung müssen wir Sozialdemokraten auf das allerentschiedenste festhalten und allen Vergewaltigungsbestrebungen auf das schärfste entgegenzutreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Soldaten haben überall Großes und Bewundernswertes geleistet, unsere militärische Lage ist günstiger, das ergibt sich aus den Ausführungen des Reichslanzlers, günstiger als je während des ganzen Krieges. Das kann auch kein stehender Rechner ernsthaft bestreiten. Das glaube ich auch heute wieder ganz offen unbedacht des Friedenswillens meiner Partei auszusprechen zu können. Angesichts der furchtbaren Opfer dieses grausamsten aller Kriege ist es unseres Erachtens stichtliche Pflicht aller Staatsmänner, alles zu tun, um einer

Verständigung der Völker

die Wege zu ebnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diejenigen, die diesen Gedanken ablehnen, laden eine schwere Schuld auf sich. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir erwarten von der Reichsregierung auch nach den heutigen Ausführungen des Herrn Reichslanzlers, daß sie sich zu der Friedensbereitschaft, die der Herr Reichslanzler im Dezember hier zum Ausdruck gebracht hat, daß sie bereit ist, dem Blutvergießen ein Ende zu machen, sobald ein Frieden möglich ist, der dem deutschen Volke die politische Unabhängigkeit, die Unverletzlichkeit des Reiches und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit schafft. (Liebknecht: Und die Eroberungspolitik des Reichslanzlers?) Es sind nicht Gefühle der Schwäche, die uns zwingen, diesem Verlangen Ausdruck zu geben. Unsere unerschütterliche Weltanschauung, die das Heil der Völker in friedlicher und gemeinsamer Kulturarbeit erblickt, unsere Sorge, daß dieser Krieg allen Völkern Europas unheilbare Wunden schlägt, daß er den wertvollsten Kulturbestand Europas vernichtet, das ist es, was uns immer und immer wieder die Stimme für den Frieden erheben läßt. Die feindlichen Mächte legen ihre Hoffnungen auf unsere wirtschaftliche Erschöpfung. Englands Bestreben ist es, den Ausdauerungskrieg gegen unser Volk zu Ende zu kämpfen. Gegenüber diesem Erdbebenversuch, der ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und die Rechte der Neutralen betrieben wird, ist scharfe Abwehr geboten. (Sehr richtig!) Hier kämpfen wir um unsere Existenz, wir haben das Recht auf unserer Seite, wenn wir die englische Hungerblockade mit dem U-Bootkrieg beantworten (Sehr richtig!), darüber kann sich niemand belagen. Die englische Admiralität war es, die im Friedenszeiten die Abschaffung des Seebüterrechts und eine zeitgemäße Regelung des Völkerrechts auf der See verhindert hat. England macht von dem Seebüterrecht rücksichtslos Gebrauch, der U-Bootkrieg ist dagegen nur

eine Maßregel der Selbstbehauptung.

(Sehr richtig!) Verhängnisvoll wäre es aber, wenn man die Neutralen für den englischen Ausdauerungskrieg verantwortlich machen wollte. Der rücksichtslosen Torpedierung würden wir mit äußerster Schärfe begegnen müssen. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Es ist ganz selbstverständlich, daß bei dem U-Bootkrieg gegen England die Rechte der neutralen Staaten auf das Bewissenhafteste respektiert werden müssen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der vorliegende Antrag wird diesem Standpunkt gerecht, und nur unter dieser Voraussetzung haben wir Sozialdemokraten ihm zugestimmt. (Sehr richtig!) Er spricht von der Anwendung des U-Bootkrieges gegen die englische, auf die Ausdauerung Deutschlands gerichtete Kriegsführung und stellt fest, daß dabei die berechtigten Interessen der neutralen Staaten beachtet werden müssen. Das ist der zwingende Punkt und das ist das für uns Entscheidende. Es handelt sich also bei dem Antrag lediglich um ein Gebot der Notwehr, meine politischen Freunde werden ihm deshalb zustimmen.

Die beste Waffe gegen den Ausdauerungskrieg ist deshalb eine wirksame Organisation unserer Volksernährung und die rücksichtslose Entschlossenheit zu ihrer Durchführung. (Sehr richtig!) Innerläßliche Pflicht der Reichsregierung ist es, für eine möglichst gleichmäßige und gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu sorgen und rücksichtslos mit dem

wucherischen Treiben der Interessenten

aufzukommen. (Sehr richtig!) Keuferische Rücksichtslosigkeit ist hier notwendig. Die unabweisbaren Wirkungen des Krieges auf die Volksernährung müssen von allen Volksgenossen gleichmäßig getragen, das Privileg des Geldbesitzes muß beseitigt werden, die Zahlungsfähigen dürfen nicht nach wie vor aus dem Vollen schöpfen, während der Minderbemittelte oft nicht das Notwendigste zu erlangen in der Lage ist. Das ist eine ernsthafte Gefahr, die gebieterisch Abhilfe verlangt. Wir Sozialdemokraten haben seit Kriegsausbruch die Regierung fast unausgesetzt mit Vorschlägen auf diesem Gebiet beauftragt, wir haben jetzt im Reichstage erneut in Form eines Antrages ein Programm zur Sicherung unserer Volksernährung unterbreitet. In unserer Kriegswirtschaft darf für das freie Spiel der Kräfte kein Raum bleiben, leider ist durch Mangel an Lokstoff und Vorratshilfe von der Regierung viel verschuldet worden. (Sehr richtig!) Der Preisstreikerei ist viel zu viel Spielraum gegeben, meist griff die Regierung erst ein, wenn die Dinge fast unrettbar geworden waren, vielfach auch erst, als es schon zu spät war. An Verordnungen hat es uns nicht gefehlt, eine hat die andere gelangt, aber mit Papier und Druckerwärme allein ist es nicht getan, die besten Bestimmungen sind nutzlos, wenn die Regierung und ihre Organe sie nicht streng durchführen und rücksichtslos allen widerstrebenden Sonderinteressen zuleibe geht. Wie man in Interessentenkreisen die Verordnungen des Bundesrats respektiert, das hat kürzlich Herr v. Didenburg in Januscha mit der ihm eigenen Grobheit gesagt. Als die Axtschneiderei angebrocht wurde, sagte er in einer Versammlung der westpreussischen Landwirtschaftskammer unter Bezugnahme auf diese Bundesratsverordnung, das Papier ist geduldig, die Ausführung liegt in Händen unserer Provinzialverwaltung, na, und zu der können wir Vertrauen haben.

(Hört! hört! links.) Herr v. Didenburg hat auch sehr vertrauensvoll auf den preussischen Landwirtschaftsminister dabei angepielt. Diese Aeußerung ist kennzeichnend, sie zeigt recht treffend die schwache Seite unserer Lebensmittelversorgung, sie ist bezeichnend für das Verhalten weiter Interessentenkreise, sie zeigt aber auch ganz neue, daß selbst bei der Lebensmittelversorgung Preußen den Hemmschuh bildet. Wäre bei der Durchführung dieser Maßnahmen überall scharf zugegriffen, hätte man nicht vielfach zu sehr Rücksicht auf das Spekulationsinteresse genommen, dann hätten die Schwierigkeiten nicht ein so hohes Maß erreicht. Die Tatsache, daß weite Interessentenkreise die Lage auf dem Lebensmittelmarkt zu

Spekulation ausbeuten konnten, Brandmarkt für alle Zeit die kapitalistische Profitgier. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf der Reichsregierung liegt eine außerordentlich schwere Verantwortung, wenn sie hier nicht unerbittlich und rücksichtslos durchgreift und der berechtigten Erregung weiter Volksteile Rechnung trägt. (Sehr wahr! links.)

Auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik harren wichtige Aufgaben der dringenden Erledigung. In Bezug auf die Fürsorge für die verwundeten Kriegsteilnehmer halten wir schon jetzt die Festsetzung einer Frist für die Fortsetzung der Beiträge für dringend geboten. Bei den Unterhaltungen der Kriegsfamilien ist bei der fortgesetzt steigenden Teuerung eine abermalige Erhöhung unabwendbar. Sehr dringend ist noch während des Krieges die gezielte Regelung einer Arbeitsvermittlung in Verbindung mit einer Arbeitslosenunterstützung durch das Reich; die aus dem Felde zurückkehrenden Weissen dürfen nach Friedensschluss nicht der Not ausgesetzt werden. Wichtig ist weiter eine Vorlage für das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und andere Maßnahmen zum Schutze der Frauen und Jugendlichen auch während des Krieges. Unsere Frauen füllen tatkräftig die Lücken im Wirtschaftskreislauf aus. Das kann nicht genug anerkannt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Aber bei der langen Dauer des Krieges wird die Aufhebung der Schutzmäßigkeiten immer bedenklicher. Hier muß eingegriffen werden, wenn unsere Volksgesundheit nicht dauernden Schäden leiden soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In der Handhabung des Belagerungszustandes und der Pressensur

ist eine Besserung nicht eingetreten, trotzdem der Reichstag auf das entschiedenste alle Mißgriffe und Uebergriffe beurteilt hat. Die Zustände werden hier immer schlechter und fordern zur schärfsten Kritik heraus. Entschieden Vertwahrung müssen wir einlegen gegen die in letzter Zeit erfolgten durchaus unbedingten Eingriffe in das Versammlungsrecht. Versammlungen, die sich mit den Steuerplänen beschäftigen wollten, wurden verboten, trotz des Versprechens der Regierung, daß solche Versammlungen nicht gehindert werden sollen. In Weichwerderfällen hat die Reichsleitung ja vermittelnd eingegriffen. Aber in welche unwürdige Lage wird die Reichsleitung gebracht, wenn die Militärs ihre Erklärungen im Parlament so wenig beachten. Die Uebergriffe der Militärs werden als sinnlose Schikane empfunden und tragen zur Verbitterung der Bevölkerung bei. Selbstverständlich werden wir auch bei dieser Tagung wieder die Aufhebung des Belagerungszustandes beantragen.

Am 18. Januar hat hier der Direktor Dr. Lewald erklärt, es solle gesetzlich festgelegt werden, daß die Gewerkschaften nicht als politische Vereine behandelt werden dürfen, dem Reichstag werde eine entsprechende Vorlage alsbald gemacht werden. (Mute bei den Sozialdemokraten: Alsbald!) Das war eine klare und hündige Erklärung. Gleichwohl ist bis heute die Vorlage nicht zugegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich muß die Reichsleitung auf das dringendste ersuchen, ihre Zusage auszuführen und uns den Entwurf vorzulegen. (Zustimmung.) Dabei sehen wir voraus, daß die Vorlage der Regierung alle Gewerkschaften, namentlich auch die der Landarbeiter umfaßt, die unter den Blödeleien am meisten zu leiden hat. Bei der Vereinsgesetzgebung handelt es sich um die Beseitigung von Miß und Unrat, um so mehr müssen wir verlangen, daß er bald und gründlich ausgeführt wird. Der Reichslanzler sagte hier im Dezember, nur der Mann gilt, und zwar jeder gleich dem andern. Dieser Gedanke lag wohl dem

Versprechen einer Wahlsreform

in der preussischen Thronrede zugrunde. Trotzdem hat der Abg. v. Heydebrand dieses Versprechen als unverantwortlich erklärt und das Dreiklassenwahlrecht für ein Ideal. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen keine Belohnung für unsere Dienste. Unsere Stellung zur Landesverteidigung darf nicht verquirit werden mit Rechten. Wer aber glaubt, die Lehren des Krieges beiseite schieben zu können, wird furchtbare Enttäuschungen erleben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In der Thronrede steht der Satz: „In dem ungeheuren Erleben dieses Krieges wird ein neues Geschlecht groß.“ — Die Massen, die von den Schlingengräben heimkehren, werden getragen sein von einem starken Selbstbewußtsein, sie werden erfüllt sein von dem festen Willen, daß der Staat, für den sie ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, nicht die Verwaltungsmaßnahme einer kleinen bevorrechteten Klasse sein darf. (Sehr wahr!) Dies neue Schlingengrabengeschlecht, das dem Tode gemeinsam ins Auge geschaut hat, der keine Klassen und Ausnahmen kennt, läßt sein politisches Recht nicht wieder in die Prachtpracht des Dreiklassenwahlrechts bannen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Dies neue Geschlecht verlangt Freiheit und staatsbürgerliche Gleichberechtigung, und es wird, wenn es sein muß, sie zu erkämpfen wissen. Deshalb muß die Friedensdebatte die Stunde der bürgerlichen Gleichberechtigung sein. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 5/4, Uhr.

Marinefragen und Justiz

vor der Budgetkommission des Reichstags.

In der Sitzung am Mittwoch ging zunächst Abg. Roske (Soz.) noch einmal auf die Lohnverhältnisse auf den Werften ein. Die ganze Lohnverhöhung ist zurückzuführen auf eine Verlängerung der Arbeitszeit. Das Drängen nach vermehrtem Schiffsbau, in dem sich jetzt die bürgerlichen Parteien gefallen, erscheint recht überflüssig. Daß die Unterseeboote leisten, was geleistet werden kann, darf als sicher vorausgesetzt werden. In den Streit um Tirpitz eingzugreifen, besteht für Sozialdemokraten kein Anlaß; es muß aber anerkannt werden, daß mit ihm ein organisatorisches Talent aus dem Dienste geschieden ist. Mit dem Versuch, ihn zu politischen Zwecken zu benutzen, dürfte man ihm kaum einen Gefallen getan haben. Hätte Tirpitz vor sechs Jahren das verlangt, was ihm heute als Unterlassung angekreidet wird, dann hätten vermutlich die Konserbaltiven ihm wieder „uferlose Flottenpolitik“ vorgeworfen.

Staatssekretär v. Capelle versichert, daß die Löhne auf den Werften geregelt werden sollen.

Abg. Dr. Cohn (Soz. Arb.) warnt davor, den Wünschen nach rücksichtsloser Kriegsführung nachzugehen. Trotz des Krieges dürfe die Menschlichkeit nicht angefaßt werden. Um den Krieg zu beenden, möge man den Weg der Verständigung wählen.

An diese Ausführungen knüpft sich eine kurze Debatte, an der sich insbesondere die Zentrumsabgeordneten Giesberts und Erzberger beteiligen.

Damit war der Etat des Reichsmarinemits erledigt. Beim Etat des Reichs-Militärgerichts bemängelten die Genossen Roske und Stäbke die völlig unzureichende Statistik, die dem Reichstag über die Tätigkeit des Reichs-Militärgerichts vorgelegt worden ist.

Etat des Reichs-Justizamts.
Redner aller Parteien führten lebhaftest Klagen über die Schäden, die durch die Verordnungen des Bundesrats den Rechtsanwältinnen zugefügt worden sind. Der Zustand wurde als direkt entwürdigend bezeichnet, daß dem Gerichtsschreiber die Entschcheidung darüber zusteht, ob in bestimmten Prozessen der Beistand eines Anwalts nötig war. Das müsse zu einer Ueberhebung des Gerichtsschreibers führen. — Abg. Heine (Soz.) übte besonders scharfe Kritik an den Folgen der Bundesratsverordnungen. Die Richter ernennen die Parteien bei Privatklagen, auf die Klage zu verzichten; die Behörden dagegen stellen ruhig weiter Strafanträge. So hat das Oberkommando in den Parteien gegen einen Häubler Strafantrag gestellt, weil er eine abfällige Aeußerung über eine Maßnahmen des Oberkommandos gemacht hat. Das Schöffengericht erkannte auf vier Monate Gefängnis, welche Strafe in der

Verfassungsausschuss auf 150 M. Geldstrafe herabgesetzt wurde. Dringend erforderlich ist, daß die zum Vorentscheid eingezogenen Immobilien Mannschaften den mobilen gleichgestellt werden. — Staatssekretär Visco antwortete in längeren Ausführungen, aus denen die Feststellung bemerkenswert ist, daß die Kriminalität der Jugendlichen erheblich zugenommen habe. Eine Statistik darüber könne jetzt nicht vorgelegt werden. Wesentlich ist es zulässig, daß Strafen, die im Strafregister bereits gelöscht, aber noch nicht verblüht sind, noch nachträglich verblüht werden müssen. Der Staatssekretär erklärt schließlich, daß mit Beendigung des Krieges die für die Kriegszeit erlassenen Verordnungen je nach dem Bedürfnis aufgehoben werden sollen.

Vertreter aller Parteien beantragen, den Reichsanwalt zu ersuchen, die Verordnung des Bundesrats zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 aufzuheben. — Staatssekretär Visco äußert eine Reihe Bedenken gegen diesen Antrag und ersucht die Abstimmung zu vertagen.

Die Beratungen werden hierauf vertagt und am Donnerstag fortgesetzt.

Politische Uebersicht.

Eine Bismarck-Gedenkrede.

Der Reichstagsabgeordnete Hertel hielt bei der Gedenkfeier in Friedebach eine Rede, in der er nach der „Tägl. Rundschau“ u. a. sagt:

„Hätte nun Bismarck den heutigen Krieg vermeiden können? Und welches wären seine Kriegsziele gewesen? Seine „Gedanken und Erinnerungen“ geben Auskunft. — Nun, geredet hat Bismarck immer mit dem kommenden Kriege. Er wußte, daß wir das Erdbeben von 70/71 wieder verteidigen müssen. Sobald er den Schritt Gottes in der Geschichte vernommen hätte, hätte er den Krieg geführt. Aber eine solche Vereinigung von Feinden in aller Welt hätte wohl Bismarck zu verhindern gewünscht. Er hätte verstanden, die Nordungsländer unter den anderen Völkern nicht zu vernichten, sondern zu vergöttern. Er beurteilte meisterhaft die Zeit aus sich heraus. Er hat uns mehrfach als „gefäßt“ bezeichnet. Aber wenn das Vordringen nicht mehr reicht, und zu sichern und zu schützen, dann weg mit der Sackheute! (Lebhafte Beifall.) Der Baum des Deutschtums soll fest in der Heimat wurzeln, aber seine Zweige über Land und Meer erstrecken. Und die Kriegsziele würde Bismarck gewiß im Westen und im Osten suchen; so weit, wie es unsere Sicherheit verlangt. (Lebhafte Beifall.) Mit rückwärts-Liefer Kraft würde Bismarck diesen ausgedehnten Krieg führen. Was er tun würde, das sage ich nicht, das können Sie sich denken. Oder denken Sie vielleicht, er hätte es bei den alten Grenzen gelassen. (Heiterkeit.) Und er hätte die öffentliche Erörterung guter Kriegsziele zugelassen, ja gefördert! Wie wären unserer Kinder nicht wert, wenn wir jetzt nicht wüßten, was zu ihrer Sicherung dient! (Lebhafte Beifall.) Möge der Tag bald kommen, wo wir diesen Willen deutlicher aussprechen dürfen. Möge der Frieden bald kommen — aber der, den All-Deutschland will und braucht.“ (z)

Das neue Verzeichnis der Reichstagsmitglieder

weist zwei neue Fraktionen auf: die „Deutsche Fraktion“ mit 27 und die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ mit 18 Mitgliedern. Die stärkste Fraktion des Reichstages ist heute das Zentrum mit 91 Mitgliedern; ihm folgt die Fraktion der Sozialdemokraten mit 80 Mitgliedern; die nationalliberale Fraktion und die Fraktion der

fortschrittlichen Volkspartei sind gleich stark mit 35 Mitgliedern, darunter je ein Hospitant. An 5. Stelle stehen die Deutsch-Konservativen mit 44 Mitgliedern, darunter 4 Hospitanten; ihnen folgen die Deutsche Fraktion mit 27 Mitgliedern, die Polen und die Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit je 18 Mitgliedern. An diese Fraktionen schließen sich die Mitglieder, die keiner Fraktion angehören, darunter sechs Abgeordnete der Elsaß-Lothringischen Zentrumspartei und zwei Lothringer; dazu 9 Wilde.

Aus dem sächsischen Landtage.

Die Zweite Kammer verhandelte in allgemeiner Vorberatung über die Vorlage der Regierung, die auf eine Verstaatlichung der Elektrizitätswerke hinausgeht. Der Finanzminister und der Minister des Innern nahmen zunächst das Wort, um die Vorlage noch näher zu begründen, über die in der Presse ein lebhafter Meinungsaustausch entstanden ist. In den letzten Tagen soll auch der Verband der Gemeinde-Elektrizitätswerke noch eine sehr ausführliche Petition an den Landtag gebracht haben, in der starke Bedenken vom gemeindefiskalischen Standpunkt gegen die Absichten der Regierung erhoben werden. Diese Bedenken suchten die Minister zu zerstreuen. Die Redner der Fraktionen beschränkten sich in der Hauptsache auf allgemeine Ausführungen. Ein völlig ablehnender Standpunkt wurde von keiner Seite eingenommen. Die Vorlage wurde einer besonderen Kommission von 22 Mitgliedern überwiesen, die während der Vertagung des Landtags die Vorlage durchberaten soll. Dort wird der Schwerpunkt der Beratungen und damit das Schicksal der Vorlage liegen. — Am nächsten Freitag soll der Landtag bis zum nächsten Herbst vertagt werden. Die Vorlage wird aber in einer besonderen kurzen Tagung erledigt werden, die für Anfang Juni in Aussicht genommen ist.

In der Zweiten Kammer interpellierte am Mittwoch die konservative Fraktion die Regierung, was sie zu tun gedenke, um der in den Fassungen der „Nordd. Allgem. Zig.“ enthaltene geistreiche Auffassung des Reichsanwalters gegenüber, daß nur der Reichstag berechtigt sei, Fragen der auswärtigen Politik vor sein Forum zu ziehen, die Rechte des Bundesrates und der Einzel-Landtage zu wahren. Die Regierung hatte vorher den Saal verlassen und dem Präsidenten mitgeteilt, daß sie die Beantwortung der Eingabe ablehne. Diese wurde trotzdem besprochen, und wenn sich auch alle Redner auf den Rechtsstandpunkt stellten, daß die Einzel-Landtage zweifellos auswärtige Fragen erörtern könnten, so bezeichneten sie doch die konservative Eingabe als ungewöhnlich und als eine aus rein politischen Gründen eingebrachte Anfrage. — Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde dann noch ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiederherstellung der Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit abgelehnt und eine Eingabe des Landesverbandes der sächsischen Presse wegen der Zensur der Regierung in dem Sinne zur Erwägung übergeben, daß sie in allen politischen und wirtschaftspolitischen Fragen auf eine gleichmäßige und weitherzige Handhabung hinwirken und daß die Zensur nur insofern ausgeübt werde, als dies die strengste Durchführung des Krieges unbedingt erfordere. Endlich wurden noch verschiedene Anträge angenommen, durch die die Regierung aufgefordert wurde, im Bundesrat zugunsten der Kriegsverletzten zu wirken.

Die Reichsfleischstelle und die Fleischverbrauchsregelung.

Ueber die Aufgaben der neuen Reichsfleischstelle erfährt der „Berl. Lokal-Anzeiger“ von bestunterrichteter Seite, daß diese Stelle nur versuchen solle, eine sachgemäße Verteilung des Schlachtviehs durchzuführen, und zwar auf Grund des bisherigen Fleischverbrauchs der betreffenden Gegend. Es werde sich immer darum handeln, zwei Fragen zu beantworten: Erstens, wieviel Vieh darf in der Gemeinde

geschlachtet werden? Zweitens, woher nehmen wir das Vieh, das darnach auf die Gemeinde entfällt? Erst wenn in diesen beiden Punkten Klarheit besteht, können die Gemeinden daran denken, Fleischkarten einzuführen. Darüber, wie sie hierbei vorgehen werden, könne man in diesem Augenblick noch nichts Sicheres sagen.

Die Arbeit der Fleischverbrauchsregelung verzweigt sich von der Reichsfleischzentrale aus durch die Bundesstaaten. Soweit es sich um Preußen handelt, werde die genannte Stelle mit den Kommunalverbänden unmittelbar verkehren.

Daß der Fleischverbrauch unter den obwaltenden Umständen ein erheblich geringerer sein müsse als in Friedenszeiten, bedürfe nicht der Darlegung. Die hierüber von der Reichsfleischstelle zu treffende Bestimmung werde nicht sehr fühlbar sein, da sich in den zwanzig Kriegsmonaten bereits eine bedeutende Herabsetzung des Fleischverbrauchs ergeben hat.

Was die Sicherung des nötigen Viehbedarfs anlangt, so sei auch hier der grundsätzliche Unterschied gegenüber der Reichsgetreidestelle nicht zu übersehen. Das Vieh müsse dezentralisiert bleiben. Es seien darum in den Provinzen Viehhandelsverbände gebildet worden, die auf dem Gedanken beruhen, daß man die große Aufgabe, die Bevölkerung des Reichs mit Fleisch zu versorgen, unter tätiger Mitwirkung des Handels erfüllen und seine vielfachen Verbindungen benutzen will. Der Viehhändler werde dadurch wirtschaftlich betrachtet zum Kommissionär — ein Verfahren, zu dessen Anwendung sich die freien Vereine der Viehhändler vielfach bereit erklärt haben. Die Absicht der mahabenden Kreise ging dahin, den Viehhandel vor dem Schicksal des Getreidehandels zu bewahren. Hoffentlich verjage er nicht! Und im übrigen habe die Regierung nötigenfalls Mittel und Wege, um einzugreifen. Der wilden Preisentwicklung, die sich vor einigen Wochen zeigte, sei mit Erfolg dadurch Einhalt geboten worden, daß die Händler an bestimmte Verkaufspreise gebunden wurden. Daß die Marktbeschickung darunter etwas litt, war vorausgesehen und mußte ertragen werden.

Hoffentlich werde es gelingen, die nötigen Fleischmengen zu einigermaßen ausreichender Befriedigung des Bedarfs zu beschaffen. Daß die Regelung nicht allen Wünschen entsprechen könne, sei selbstverständlich. Es mußte schnell gehandelt werden, und die Schwierigkeiten seien groß. Einstweilen seien alle Gerüchte und Angaben über Fleischkarten und über bestimmte Fleischmengen verfrüht, da es sich für den Augenblick nur um vorbereitende Maßnahmen handelt, und erst nach dem 15. d. M. irgendwelche genaue Bestimmungen getroffen werden können.

Die Fleischkarte in Sachsen.

Die Verordnung über die Einführung der Fleischkarte im Königreich Sachsen ist im Ministerium des Innern fertiggestellt. Danach sollen auf den Kopf der Bevölkerung an den nicht-fleischlosen Tagen 150 Gramm entfallen, also 750 Gramm wöchentlich. Indessen erhält diese Fleischmenge nur derjenige, der auch Knochenbeilage mit in Kauf nimmt. Wer für sich reines, knochenfreies Fleisch verlangt, wird voraussichtlich nur 75—80 Gramm beanspruchen dürfen. Wurst soll nach dem gleichen Maße wie knochenfreies Fleisch gemessen werden.

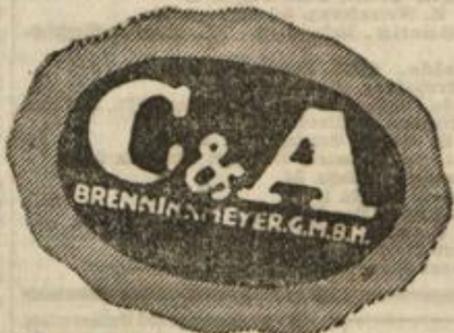
Die Fleischversorgung in Bayern.

München, 5. April. (B. L. Z.) Durch heute veröffentlichte Anordnungen des Ministeriums des Innern wird die Fleischversorgung für Bayern einheitlich geregelt. Auf Grund dieser Bestimmungen soll die bayerische Fleischversorgung nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mengen von Schlachtvieh mit Genehmigung des Ministeriums des Innern fest, welche Höchstmenge von Fleisch für einen Zeitraum von acht Wochen auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht werden darf. Kinder unter sechs Jahren werden nur mit der Hälfte der Menge berücksichtigt. Zur Ueberwachung des Fleischverbrauches werden durch die Kommunalverbände Fleischkarten ausgegeben, deren Geltung sich auf das ganze Königreich erstreckt. Die neuen Vorschriften treten am 26. April in Kraft.



Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, daß Sie jetzt nicht mehr Garderobe kaufen, als Sie unbedingt benötigen.

Es liegt in Ihrem Interesse, daß Sie das, was Sie an Garderobe benötigen, bei uns kaufen!



Rönigstr. 33
Chausseest. 113
Sonntags geschlossen!

Strahlenfeld aus gutem Stoff in grün, braun, weinrot und blau. Mit Seidenrips-Kragen und färblich verziertem Gürt. Auf Seide 3750 nur... R.

Jackenfeld aus doppeltem graufarbigem Wollstoff. Sportmäßig festes Verarbeitung, mit sehr schönen Verzierungen. Auf Seide 4500 nur... R.

Schleierartiges Jackenfeld aus gutem blauen Kammergarn. Besonders weite Schnitt, u. durch eng anliegenden Gürt jugendlich wirkend. Auf Seide 5400 nur... R.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Salzheringe Stck. 6,12 Pf.	Rote Grütze gefärbt Paket 15 Pf.
Gem. Marmelade leichtgefärbt III. Sorte Pfund 50 Pf.	Kunsthonig Pfund 45 Pf.

Vergissmeinnicht-Tuff mit Glas 38 Pf.
Naturkirschen-Tuff reich mit Laub verb. 38 Pf.
Vergissmeinnicht-Tuff samt, 24 stielig, pastellfarbig 55 Pf.

Rös'chen-Tuff 10 stielig, Seide mit Stoff 75 Pf.
Rosen-Tuff 8 stielig, Seide mit Stoff 75 Pf.
Hutranken Vergissmeinnicht mit Rös'chen und Laub verbunden 95, 1.10

Bast in verschiedenen Formen u. Farben 1.45 2.25 2.90 3.95
Litzengeflecht moderne Formen 1.95 2.95 3.45 3.95
Strohgeflecht neue Formen 4.95 5.95

Schnittlauch Topf 30 Pf.	Roter Tischwein Fl. 1.25
Wirsingkohl ausländischer Pfund 42 Pf.	Grüne Gurken St. 55,60 Pf.
Zwiebeln ausländische Pfund 45 Pf.	Edamer Käse Pfund 2.00
Saucen-Würfel Dose 100 St. 1.45	Emmentaler Käse Pfund 2.40

Verkauf nicht an
Wiederverkäufer
Obermoseler
 Flasche **95** Pf.

Lebensmittel

Soweit Vorrat
Pudding-Pulver
 gefärbt
 Paket **10,12** Pf.

Obst
 Eltapfelsinen Duz. **1.45, 1.60**
 Gr. Kochäpfel ... Pfund **36** Pf.
 Essäpfel ... Pfund **45** Pf.
 Datteln ... Pfund **1.00**
 Feigen ... Pfund **85** Pf.
Radleschen 2 Band **25** Pf.

Räucherwaren- und Fisch-Konserven
 Sprotten ... Pfund **55** Pf.
 Sprottblücklinge ... Pfund **58** Pf.
 Makrel.-Bücklinge Stck. **35** Pf.
 Fleckheringe ... Stck **35** Pf.
 Riesen-Lachshering St. **45** Pf.
 Sardinen in Öl ... Dose **75** Pf.
Ostsee-Deikatessheringe in verschiedenen Geschmack. Dose **1.45**

Gemüse
 Spinat ... 3 Pfund **58** Pf.
 Junge Mohrrüben Band **32** Pf.
 Rhabarber .. Band **15, 18** Pf.
 Schwarzwurzeln 2 Pfd. **65** Pf.
 Kohlrüben gelbe ... Pfund **7** Pf.
Weisskohl ausl. ... Pfund **36** Pf.

CARDINAL
 ZIGARETTEN
 sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
 RAUCHTABAKE
 überall erhältlich

Beim Prozent Rabatt Abnehmen Teppiche jetzt besonders billig. Nischenlager. Große Frankfurterstrasse 125, im Hause der Möbelabrik. Sonntag geöffnet.

Gardinen, Fenster 8,75, 8,95, 4,50, 6,75 ufm.

Gardinen, Stores, Bettdecken, Haubecken billig. Große Frankfurterstrasse 125.

Kunstgarden, Garnitur 6,95, 6,85, 7,50, 8,75 ufm.

Leinenportieren, Garnitur 4,25, 4,95, 5,50, 6,75 ufm.

Zuchportieren 3,95, 4,50, 5,25, 6,75 ufm.

Blischportieren 7,55, 9,85 bis 30 Mark. Große Frankfurterstrasse 125 im Hause der Möbelabrik.

Stoppdecken 6,85, 7,50, 8,35, 9,75 ufm.

Zuchdecken, Blischdecken mit keinem Fehler in vielen Farben, ungleichlich unter Preis.

Diwanddecken 4,30, 5,75, 6,85, 8,50 bis 30 Mark. 438*

Möbelstoffe, Säuerstoffe, labelhaft billig. E. Weihenbergs Teppich- und Gardinenhaus, Große Frankfurterstrasse 125, im Hause der Möbelabrik.

Vorjährige Herrenanzüge aus feinsten Stoffen 18-45 Mark. Valotols 14-35, Kosen 6-12, Gehrockanzüge, Jünglingsanzüge, Jacketts preiswert. Deutsches Garderobehaus, Große Frankfurterstrasse 116, eine Treppe. 729*

In freien Stunden, Wochenlohn für das arbeitende Volk, Romane und Erzählungen, Abonnements, wöchentlich 10 Pf., nehmen alle Ausgabestellen des „Vormärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnhof, Eingang nur Wödemstrasse 25, direkt Hochbahnstation Wödembrücke, stehen verschiedene neue, moderne Wohnzimmer, Küchenmöbel, Ruhbaumöbel, Bücherregale, Schreibtische 22-, Aufbetten mit Decken, Spitzglas, Säulen, Truhen mit Facettglas 38-, Ausziehtische 20-, Tischgarden, Uhren, jede Preislage, Teppiche, Stühle und sonstige Einzelmöbel zum billigsten Verkauf. Otto Wödem's Möbelwerk, Wödemstrasse 25. 1915*

Blischsofas 65,- bis 130,-, Chaiselongues 25,-, 30,-, Lapazierer Wälder, Stargarderstrasse 18.

Möbelwerk alte Schönhauserstrasse 32, Breitestrasse 29, werden Möbel für Küche und Küche zu jedem annehmbaren Preis verkauft. Vormärtsbüro empfohlen. 218*

Möbel: Für Brautleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleiner Anzahlung schon Küche und Küche. In jedem Stück deutscher Preis. Ueberlieferung ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen, Arbeitslosigkeit anerkannt Rückhalt. Möbelfabrik Goldhaus, Johannerstrasse 38, Ecke Weidenaustrasse. 2901R*

Möbel-Verkauf, Markt 58, Fabrikgebäude. Spezialität Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Große Auswahl in neun Etagen. Niedrigste Preise, gediegene Ausführung. Vollständig eingerichtete und überflüssig aufgestellte Räume in Wohnzimmern, Schlafzimmern, Speisezimmern, Herenzimmern, Küchenmöbeln. Beschäftigung ohne Kaufzwang 8 bis 8, Sonntag 12 bis 2. Eventuell Zahlungsvereinfachung. 38*

Möbel Kredit. Ganz Berlin weiß, das Möbel-Cohn, Große Frankfurterstrasse 58 und Badstrasse 47/48 zu bekannt billigen Preisen auf wirklich bewährte Zahlungsweise an jedermann Kredit einräumt, und zwar bei Spielend leichten An- und Abzahlungen. Nischenlager in ganzen Wohnungseinrichtungen und fertigen Möbeln. Große Rückhalt bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Privat mitbringen, Wert 5 Mark. Abrechnung auch nach auswärts. Sonntags 12-2 geöffnet.

Möbel aller Art auf Kredit, Bekommt An- und Abzahlung. Möbel-Verkauf, Brunnenstrasse 7. Jeweils Geschäft 12 bis 17. Sonntag von 12-2 geöffnet. 81R*

Möbel gegen sofortige Kasse sehr preiswert zu verkaufen, Brunnenstrasse 7 und Wödemstrasse 17. Sonntag geöffnet von 12-2.

Platinabfälle, Gr. bis 8,50, Rahngelb bis 90,-, Kupfer, Messing, Bierrohrleitung, Seidendeckel, Plattenpapier, Blei, Zinn, Stannolpapier, Gum bis 4,50, Gehräucher bis 3,20, Aluminium, Quecksilber bis 6,-, Goldschalen, Silberhaken, Glührumpfsche, höchstglänzend, Metalltoner Alte Rasenstrasse 138 und Kottbuserstrasse 1 (Kottbuserhof) Sonntag 12 bis 2.

Fahrradkauf Ullrichstrasse 19.
Tamensfahrrad, Herrenfahrrad, lauft Strecke, Andreaskirche 22.*

Unterricht.
Klavierkurs, Erwachsene Schnellmethode, Monatspreis 3,-, Klavierkurs frei. Musikabteilung Dramenstrasse 63 (Worthplatz).
Teilnehmer an einem englischen Zirkel für Anfänger werden gesucht, ebenso für Konversationszirkel. Preis monatlich 4 Mark (2 Stunden wöchentlich). Privatstunden billig. G. Ementich, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. R.*

Verschiedenes.
Patentanwalt Müller, Büchsenstrasse 16.
Kunsthandwerk Große Frankfurterstrasse 67. 2699R*
Nähmaschinen, Reparatur. Auch außerhalb. Rammelskamp, Reichensbergerstrasse 133, III. 723*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Haffelbach, Neudamm, Niemegkstrasse 10.
Stellenangebote.
Schriftstauer gesucht. H. Vaber, Klefstrasse 10. 739*
Reparatur-Schlosser, selbständig arbeitend, für Dampf-Heizkessel und Pressen sucht Hammerwerk Wiedersheimhausen, Buchholzerstrasse 55/61. 2211*
Beschlagenschied, tüchtig, militärfrei, stellt sofort ein Deutsche Blechbrauerei, Wödemstrasse bei Spandau.*
Fah- und Flaschenfabrikant, funktionstüchtig, militärfrei, bei hohem Verdienst gesucht. Auch einige Mitarbeiter werden eingestellt. Wödemstrasse beim Inspektor der Deutschen Bierbrauerei, Berlin NW, Kaiserin-Augusta-Allee 110/111. 255/5*
Korbmacher auf 66 sofort gesucht. Black, Schlüterstrasse 64.
Kutschschläger, branchenfremd, sucht Blumenfabrik Emil Mayer, Brandenburgstrasse 43. 5355*
Schriftstauer gesucht. Junge, Friedrichstrasse 231. 5345*
Mechaniker für Schreibmaschinenreparaturen, sachkundige, gegen gute Bezahlung suchen Schöler u. Claus, Berlin, Leipzigerstrasse 19.
Nichtler, tüchtige, zum Ausheben und für den Verkauf von rotem Fleisch sofort gesucht. Wödemstrasse 1-2 Uhr mittags oder 7-8 Uhr abends. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestrasse 1/2.
Küchenmacher verlangt. Julius Dobusch, Kommandantenstrasse 16.
Kunsthandwerker verlangen. Fischer u. Co., Lichterfeld-Weiß, Badstrasse 4. 2668*

Verkauferrinnen, tüchtige, für unsere Fleischabteilung sofort gesucht. Wödemstrasse 1-2 Uhr mittags oder 7-8 Uhr abends. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestrasse 1/2.
Verkauferrinnen für die Abteilungen Weißwaren und Metzgerei, Möbelstoffe und Gardinen sofort gesucht. Wödemstrasse 1-2 Uhr mittags oder 7 bis 8 Uhr abends. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestrasse 1/2.
 Zur Leitung eines der größten Gewerkschaftsbüros Deutschlands suchen wir für die Dauer des Krieges einen 125/18
Geschäftsführer.
 Derselbe muß in der Lage sein, unserer Zigarfabrik, in der zurzeit 17, Wödemstrasse 63 (Worthplatz).
Teilnehmer an einem englischen Zirkel für Anfänger werden gesucht, ebenso für Konversationszirkel. Preis monatlich 4 Mark (2 Stunden wöchentlich). Privatstunden billig. G. Ementich, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. R.*
Verschiedenes.
Patentanwalt Müller, Büchsenstrasse 16.
Kunsthandwerk Große Frankfurterstrasse 67. 2699R*
Nähmaschinen, Reparatur. Auch außerhalb. Rammelskamp, Reichensbergerstrasse 133, III. 723*

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
 Berlin O. H. Schmitt, Uckerstr. 174.
 O. Karl Welle, Petersburger Weg 4. H. Wengels, Markusstrasse 36.
 NO. E. Zucht, Ammannstrasse 12.
 N. H. Wolgast, Wallstrasse 9. G. Fischer, Balkanstrasse 6.
 Karl Wors, Greifenhagenstr. 22. J. Schmidt, Müllerstr. 21a.
 S. Bogel, Leipzigstr. 37.
 NW. Salomon Joseph, Wilhelmshavenstr. 48.
 SW. G. Schmidt, Bismarckstr. 42.
 S. St. Preis, Reichenstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
 SO. Paul Böhm, Lützowstr. 14/15. P. Horich, Engelstr. 15.
 Adlershof. Karl Schwarzkopf, Bismarckstr. 28.
 Baumshulenberg. G. Hornig, Marienhalder Str. 13, I.
 Borsigwalde. Paul Sienack, Mühlstr. 10.
 Charlottenburg. Gustav Schanzberg, Eichenheimer Str. 1.
 Friedrichshagen. Ernst Wermann, Köpenicker Str. 13.
 Grünau. Franz Klein, Friedehofstr. 10.
 Johannisthal. Max Gonschur, Parkstr. 23.
 Karlshorst. Hermann Billing, Dönhofsstr. 33.
 Köpenick. Emil Döhler, Kiefernstr. 6, Laden.
 Lichtenberg I. Otto Zeitel, Wartenbergstr. 1.
 Lichtenberg II. H. Koicentrang, Alt-Borsigagen 56.
 Neukölln. W. Geirig, Redarstr. 2. G. Rohr, Stegriedstr. 28/29.
 Nieder-Schöneweide. W. H. Hurnh, Bräudenstr. 10.
 Nowawes. Karl Kroschberg, Eichenbahnstr. 10.
 Ober-Schöneweide. Alfred Vaber, Wilhelmshagenstr. 17, Laden.
 Pankow. Otto Wismann, Mühlstr. 30.
 Reinickendorf. W. Gurich, Brodingerstr. 56, Laden.
 Schöneberg. Wilhelm Baumier, Reiningstr. 9 im Laden.
 Spandau. Schuhmacher, Breitestr. 64.
 Steglitz. G. Bernice, Ullrichstr. 5.
 Tempelhof. Joh. Krohn, Borsigstr. 62.
 Treptow. Robert Grammes, Reichholzstr. 412, Laden.
 Weißensee. Gustav Schöpf, Berliner Allee 11.
 Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmshagenstr. 27.

Stoppdecken: Brauchvolle Einseitige Stoppdecken 4,85, 6,35, 7,50, Zunderpolle doppelseitige 8,75, 9,75 bis 16,50, Tischdecken 1,95, 2,85, Ball's Teppichhaus, Dresdenstrasse 8 (Kottbuserhof). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. 268*

Teppiche mit keinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Vorhänge, Stoppdecken, Tischdecken, Diwanddecken, sehr billig. Bornstraße 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brunn, Haderstr. 4 (Bahnhof Str.). Sonntag 25/4*

Teppich-Thomas, Dramenstr. 44 (postbillig farblich gefärbte Teppiche, Gardinen, Vorwärtseisen 5 Prozent Extrarabatt. 810*

Tischdecken für Gartenfreunde. Ein Halbeiter für die Pflege und lachsgemäße Benützung des häuslichen Herd, Gemäße und Obstgärten von Ray Heßdörfer. Dritte erweiterte Auflage. Mit 126 Reproduktionen. Preis 4 Mark. Expedition Vormärts, Lindenstrasse 3, Laden. 186/4*

Bettenverkauf! Brauchvolle 17,50, 19,50, Daunendecken 23,50, Kinderbetten 6,75, Teppiche, Stoppdecken, Tischdecken, Säuerstoffe, Gardinen, Tischdecken, Wanduhren, Tischuhren, Silbergeschenke, Schmuckstücke. Alles nur Pfandbriefe. Brunnenstrasse 47. 323*

Möbel.
Bildschöne Einrichtung, Küche, Küche, alles noch neu, postbillig. Rosenhägerstrasse 57, vorn 111 bei Glas. (Gewerblich.) Händler verbleiben. 186/4*

Gelegenheit! Ruhbaum-Heberstr. 45. - Bett mit Spiegel 45,-, Ausziehtisch 17, Stühle 5,-, farbige entzückende Kissen 5,-. Beschäftigung lohnt. Möbelhaus Eiten, nur Andreaskirche 30. 1103*

Kaufgesuche.
Jahngelbisse! Brauchgold! Silber, Platinabfälle, Quecksilber, Stannolpapier, sämtliche Metalle höchstglänzend. Schmelze Christian, Köpenickerstrasse 20a (gegenüber Rantenschiffstrasse). 11111*
Platinabfälle bis 8,50, Rahngelb bis 90,-, Goldschalen, Silberhaken, Quecksilber, Kupfer, Messing, Stannolpapier, Gum bis 4,50, Nickel, Aluminium, Blei, Zinn, Glührumpfsche, höchstglänzend. Edelmetall-Einkaufsbureau Heberstrasse 31, Alexander 4243. 98R*

2 Leitergerüstbauer, in Rüstung gerüst, gesucht. Wödemstrasse bei Wödemstrasse, Königsruferhaus, Luftschiffbau Schulte-Vogel.
Geübte Wicklerin auf Organen und Trame sofort gesucht. Vorstellung nur donnerstags. R. Brandt, Dresdenstr. 30/31.
Sattler gesucht. Wohnung im Hause. 126/17
G. H. Speck, Sühnwstr. 2.
Tüchtige 536*
Schmiede, Schlosser, Dreher, Hobler, Fräser und Stellmacher werden sofort eingestellt. OrNSTein & Koppel - Arthur Koppel & Co. Spandau, Hamburger Strasse 44.
Ältere Maschinen- und Werkzeugschlosser sowie **Mechaniker** auf Stahlarbeiten verlangt. Ueber-gesellschaft. Zu melden vormitt. im Einleitbureau, Wödemstrasse.
Ältere Schlosser auf Stangegetrieben gesucht. Norddeutsche Metallwerk, Kommandantenstrasse. 1136/26
Tüchtige Dreher und Hobler verlangt sofort. G. Kärger, Maschinenfabrik, Reichenstr. 52.

Verkäufe.
 Zum Umsatz enorm billig! Gardinen, Tischdecken, Stoppdecken, Teppiche, Georg Range, Raschfolger, Chaußstrasse 73/74. „Vorwärts“-Lehr fünf Prozent Rabatt. 628*
 Weiße Samtereste, als gut von meinen Kunden erprobt, Grund 65 Pf. Julius Guitfeld, Berlin, Potsdamerstrasse 40.
Staubsauger: Gardinenauswahl, Ausziehtische, Tischdecken, Stoppdecken, Diwanddecken, Pelzgarmenten, Herrengarderobe, Uhrenverkauf, Silberverkauft, Schmuckstücke, Sportdreier! Leihhaus Marksausstrasse 7.
Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Niederrand Kaufgelegenheit. Großes Teppichlager, Gardinenlager, Börselager, Bettstühle, Uhrenlager, Goldschalen, Nischenauswahl Herrenanzüge, Herrenpaleto's, Herrenhosen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vormärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionspaltung.

Der erweiterte Vorstand des Bezirks Nordwest, der den Bremer und 4 hannoverschen Reichstagswahlkreis umfasst, hielt in Bremen eine Sitzung ab, die sich mit der Fraktionspaltung beschäftigte. Es gelangte nachfolgende Resolution mit fünf gegen drei Stimmen zur Annahme:

Der erweiterte Vorstand des Bezirks Nordwest bedauert die Bildung der sogenannten „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ aufs tiefste. Er erblickt in dem Vorgehen der 18 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten eine Handlung, die geeignet ist, die Einheit der Organisation zu gefährden. Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft liegt es, daß jede Spaltung der sozialdemokratischen Partei vermieden werden muß, weil sonst die Schlagkraft der Partei gegen die Gegner des Proletariats an Macht verliert.

Nach den Beschlüssen der Parteitage, der bisher von Erfolg gekrönter Taktik und Geschlossenheit der Partei, galt die Disziplin als das höchste Gesetz. Von den 18 der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ angehörenden Abgeordneten wurde dieses Gesetz auf das schärfste verletzt. Als ein Akt der Tücke muß das Vorgehen des Genossen Haase am 24. März angesehen werden, weil er in der Fraktions Sitzung hiervon keine Mitteilung gemacht hat und dies Vorgehen in einer späteren Sitzung der Fraktion durch eine Erklärung des Genossen Stolle als eine geheime Abmachung der 18 Genossen festgelegt wurde.

Durch die Erklärungen der der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ nahestehenden Presse gilt als feststehend, daß die Abspaltung von der Fraktion als das Resultat vorher abgehaltener Konferenzen anzusehen ist. Offen wird zugegeben, daß besondere Konferenzen stattgefunden haben; ja, daß sogar eine besondere Organisation ins Leben gerufen worden ist. Nach dem Organisationsstatut der Partei sind Sonderorganisationen nicht zulässig. Mitglieder der Partei, die sich an Sonderorganisationen beteiligen, stellen sich außerhalb der Partei.

Angeichts dieser Lage fordert der Bezirksvorstand die Kreisvorstände des Bezirks auf, eine Zugehörigkeit von Parteimitgliedern zu Sonderorganisationen nicht zu dulden und gemäß des Organisationsstatuts zu handeln, da sonst die Geschlossenheit der Organisation untergraben wird.

Der Bezirksvorstand stimmt den Beschlüssen des Parteiaussschusses zu und erwartet, daß die Parteigenossen gemäß des Aufrufs des Parteivorstandes handeln.

Die Minorität der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Es haben sich noch einige Genossen gemeldet, welche erklären, daß sie auf den Boden der Erklärung Abrecht, Antrid, Simon stehen. Im nachstehenden geben wir nochmals die Namen sämtlicher in Frage kommender Genossen bekannt: Abrecht, Antrid, Baudert, Brandes, Emmel, Erdmann, Edmund Fischer, Fuchs, Hoch, Hofrichter, Hugel, Hüttmann, Jaedel, Leutert, Peiroles, Raute, Reichhaus, Ruffel, Schmidt-Reichen, Simon.

Gegen die neuen Steuern.

Das Pressebureau teilt mit: Die Uemniger Bevölkerung nahm in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, für die keinerlei Beschränkungen seitens der Polizei bestanden, Stellung zu den neuen Steuerentwürfen. Nach einem Referat des Reichstagsabg. Heinrich Schulz-Berlin setzte eine lebhafte Diskussion ein, die in die Fraktionspaltung in verurteilendem Sinne hineinspielte. Es wurde eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß die Vorlage für die arbeitende Bevölkerung unannehmbar ist. Gefordert wird dagegen kräftige Ausgestaltung der Kriegsgewinnsteuer sowie der Erbschafts- und Vermögenssteuer; indirekte Steuern sind abzulehnen.

Aus Groß-Berlin.

Eine kurze Freude.

Am die Nahrungsmittelgewinnung zu steigern, wird schon seit dem vorigen Jahr möglichst alles unausgenutzt daliegende Land zum Gemüse- und Kartoffelbau herangezogen. In der Umgebung Berlins ist der Kriegsausbruch der Groß-Berliner Laubenkolonien bemüht, sich das Recht der Benutzung solchen Landes zu verschaffen. Er gibt das Land dann in kleinen Stücken an Leute aus, die Lust haben, darauf Gemüse oder Kartoffeln für ihren Bedarf zu bauen. Für minderbemittelte Familien ist das eine erwünschte Hilfe, und man hat sich daher nicht in der Erwartung getäuscht, daß die Nachfrage nach diesen Landstücken rege sein würde. Der Ausschuss hat oft öftere Schwierigkeiten zu überwinden, bis es ihm gelang, die Eigentümer unbemittelten Landes für seine Sache zu gewinnen, sich von ihnen das Benutzungsrecht übertragen zu lassen oder nötigenfalls es sich zu erzwingen.

Bei der Eile, mit der da manchmal vorgegangen und zugegriffen werden muß, läßt sich verstehen, daß auch Versehen unterlaufen können. Durch ein solches wurde in Rahlsdorf, wo der Ausschuss eine Landfläche ausgeteilt begonnen hatte, einigen Familien eine bittere Enttäuschung bereitet. Sie hatten sich gemeldet auf eine Zeitungsnachricht hin, daß beim Kriegsausbruch der Groß-Berliner Laubenkolonien noch Land zu haben sei, und wurden in Rahlsdorf an einen dort ansässigen Hofrat gewiesen, der für den Ausschuss tätig ist. Aus den Verhandlungen mit ihm gewannen sie die Ueberzeugung, daß sie da draußen auf dem ihnen unentgeltlich überlassenen Land den ganzen Sommer hindurch in Ruhe ihr bishigen Gemüse bauen können. Hoffnungsvoll gingen sie an die Vorbereitungen, schafften Geräte an, gruben den Boden um, kauften Sämereien — da trat plötzlich eine Wendung ein, die ihnen mit einem Schlag die ganze Freude vernichtete. Am vorigen Sonntag erschien auf dem Land ein Herr, der ihrer Tätigkeit in sehr entschiedenem Ton sofortigen Einhalt gebot. Den erstaunten Leuten erklärte er, sie müßten das Gelände verlassen, weil es inzwischen an einen anderen Eigentümer übergegangen sei. Es soll bis dahin einer Terrainspekulation gehört haben, bei der wohl das Geld knapp geworden war, so daß ein Verkauf nötig wurde. Der neue Eigentümer hatte sogleich selbständig über das Land verfügt, das nun anderen Personen zur Benutzung für Zwecke des Garten- und Ackerbaues zugewiesen wurde. Den überraschten Ansiedlern half es nichts, daß sie gegen diese Mitteilung einwendeten, das Benutzungsrecht sei doch dem Kriegsausbruch der Groß-Berliner Laubenkolonien überlassen worden. Der Herr, der die Räumung des Feldes forderte, schritt unerbittlich zur Verhaftung. Noch ehe die Leute ihre werdende Ansiedlung verlassen hatten, mußten sie sehen, wie bereits ein Pflug herangefahren wurde. Als dann die Durchpflügung des Ackers beginnen sollte, konnten sie keinen Zweifel mehr haben, daß es hier, mit ihrer Kolonienherrschaft vorbei war.

Bedauerlich ist, daß den Leuten, nachdem sie Mühe und auch Geld aufgewendet hatten, diese Enttäuschung widerfahren mußte. Sollte der Ausschuss nicht alle Vorjorge zu treffen gehabt, daß die Verjagung von dem Land, das er ihnen zugewiesen hatte, ihnen erspart blieb? Anscheinend hat er sich nicht genügend vergewissert, ob die Benutzung seinen Ansiedlern für den ganzen Sommer gesichert war.

Eine Frauenleiche im Reifsekorb.

In der Gepädfabrikation des Personenbahnhofs in Stettin wurde Dienstagabend in einem von Berlin als Reifsegepäck dort angekommenen Reifsekorbe die Leiche eines etwa 18 Jahre alten Mädchens entdeckt. Es scheint ein Lustmord vorzuliegen.

Zu dieser Angelegenheit wird noch mitgeteilt: Der Reifsekorb ist am 18. März, 9 Uhr 30 Minuten, mit dem D-Zug in Stettin angekommen. Er muß also in der sechsten Stunde von Berlin abgegangen sein. Der Korb, der zwei kleine schwarze Schloffer trägt, und geöffnet wurde, weil er nicht abgeholt worden war, barg ein schauerliches Geheimnis. Als man in Gegenwart des Kriminalkommissars Gennat, den der Chef der hiesigen Kriminalpolizei, Ober-Regierungsrat Hoppe, sofort nach Stettin entsandte, den Deckel aufhob, sah man zunächst eine rot und weiß gemusterte Steppdecke ausgebreitet. Darunter kam eine rote 1,20 Meter große Tischdecke mit gelblichen Arabesken und in allen Ecken mit drei grünen Blattverzierungen zum Vorschein. Sie war um den Kopf der Leiche gewickelt, und zwar mit einer starken, neuen, 7 Meter langen Sifal-Ganfschnur, die 6 Fäden stark ist und einen Durchmesser von 5 Millimeter hat.

Die Kleidung war der Toten unter dieser Tischdecke um den Kopf gewickelt. Sie besteht aus einem gewöhnlichen Leinenhemd, das anscheinend ziemlich lange getragen ist, einer blauen Reifsekorbe, einem blauen Rock, dessen Enden mit weiß-schwarzen Samtbinden besetzt ist, die wiederum schwarze Riemen tragen, einer dunkelblauen Alpakablase, deren Kermel einfache blaue, gelb-schwarze und rot-schwarze Zwirnstrümpfen zieren, einem schwarzen Astrachanmantel mit schwarzem Futter, der durch Verschämung geschlossen wird, zwei Paar übereinandergezogenen schwarzen Strümpfen, während Hut und Schuhe fehlen. Die Toten trug eine Brosche und eine längliche Schnallenagraffe mit einem unedigen gelben Stein in der Mitte. Zur Einwickelung der Leiche waren außer der Bett- und Tischdecke Berliner Zeitungen vom 12., 14. und 15. März benutzt worden.

Wie die Leichenschau ergab, handelt es sich um eine Person im Anfang der zwanziger Jahre. Sie ist kräftig gebaut, hat einen starken Busen und anscheinend blondes Haar. Kopf und Gesicht waren über und über mit Blut besudelt und wiesen hiebartige Verletzungen auf, die anscheinend von einem Beil herrühren. Der linke Arm und beide Beine waren mit der Leiche durch die starke Hanfschnur zusammengezogen und so war die ganze Leiche wie ein Paket in den Korb hineingepackt worden.

Auf die Ermittlung des Mörders wird eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Entsprechende Belohnungen erhalten alle diejenigen, die durch zweifelhafte Angaben zur Feststellung der Persönlichkeit der Toten beitragen, durch Erkennung der Kleidungsstücke, der Schmuckstücke usw. Alle diese Sachen wie auch den Korb wird Kriminalkommissar Gennat, sobald heute in Stettin die Obduktion stattgefunden hat, nach Berlin bringen. Alle Mitteilungen sind an Kriminalkommissar Gennat im Zimmer 48 des Polizeipräsidiums zu richten. Die Schnur ist ohne Zweifel eigens zu dem Zweck, die Leiche zusammenzupacken, von dem Mörder angeschafft worden.

Eine falsche Zigeunerin, die es im Schwindeln mit einer echten gut aufnehmen kann, wurde gestern trotz ihres heftigen Einspruchs auf offener Straße festgenommen. Als Spitzenhändlerin Frau Richter aus Schlessen besuchte seit längerer Zeit eine Frau, die sich trotz ihres blonden Haares den Anschein einer Zigeunerin gab und alle deren Leuchterlichkeiten nachahmte, in verschiedenen Stadtteilen auf den Hintertreppen die Dienstmädchen in herrschaftlichen Wohnungen. Sie bot mit guter Berechnung der Zeitverhältnisse jetzt besonders „Spigen aus Serbien und Bulgarien“. Ihr ganzer Handel hatte aber nur den Zweck, sich bei den Mädchen einzuführen. Ihnen „wahr zu sagen“, oder sie von „Krankheiten zu heilen“, oder auch „den ungetreuen Bräutigam“ zurück zu bringen, war die Hauptabsicht. Denn hierbei erbeutete sie an Geld, Kleidungsstücken und allen möglichen andern Sachen, die sie „zum Besprechen“ mitnahm, viel mehr als der ganze Handel einbringen konnte. Gestern nachmittag erkannte eine Detrogene die vermeintliche Zigeunerin in der Leipziger Straße wieder und ließ sie festnehmen. Die Verhaftete sträubte sich unter einem großen Wortschwall hartnäckig, dem Verurteilten zu folgen. Es half ihr aber alles nichts. Auf dem Polizeipräsidium wurde sie festgesetzt als eine 42 Jahre alte Frau Wappler aus Lichterfelde, eine Deutsche, die mit einem Zigeuner verheiratet ist. Der Umgang mit ihrem Manne und der Verkehr in seinen Kreisen hatte ihr die Umwandlung in eine Zigeunerin sehr erleichtert.

Anmeldung von Ausländern.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß Angehörige neutraler und verbündeter Staaten beim Wechsel ihres Aufenthaltsortes sich sowohl bei ihrer Abreise wie bei ihrer Ankunft bei der Polizeibehörde zu melden haben. Bei Nichtbefolgung dieser Vorschrift machen sich nicht nur die betreffenden Ausländer, sondern auch diejenigen, bei denen sie wohnen, strafbar.

Es ist ihm recht geschehen!

Der 60jährige Arbeiter Wilhelm Gleich aus Rotwies hatte sowohl auf der Hin- wie auf der Rückfahrt zwischen Potsdam und Rotwies sich Verletzungen gegen Straßendampfkraftmaschinen erlaubt und war sogar handgreiflich geworden. Gleich mußte sich nun dieser Tage wegen tätlicher Verletzung vor dem Schöffengericht verantworten. Der Gerichtssof verurteilte den Angeklagten zu einer Woche Gefängnis, um ihn zum Bewußtsein zu bringen, daß die weibliche Ehre der im Erwerbleben hilfswieße tätigen Frauen vor den Jubringlichkeiten und Kränkungen geschützt sei, zumal diese Frauen ihre im Felde stehenden Männer vertreten.

Die Eisarena im Admiralspafst findet bei Eintritt größerer Wärme erhöhten Zuspruch. Der Berliner Eisporrieb hat nur wenige Stätten. Holland und Schweden pflegten längst den Wettbewerf im Schnelllauf auf dem Eise, ehe er zu uns kam. Wien, München und Hamburg hatten prächtige Kunstlaufstufen, ehe man in Berlin daran dachte. Als vor ein paar Jahren hier die Eisplafte wie Pilze aus der Erde schossen, schien die Möglichkeit gegeben, daß Berlin sich im Kunstlauf an die Spitze setze. Bankrott und Ernüchterung folgten. Da ist es zu begründen, daß dem Kunstlauf in der Eisarena des Admiralspafstes eine Stätte blieb, die nicht nur die Jahre, sondern auch die Jahreszeiten überdauert. Grazie, Kraft und Geschicklichkeit des menschlichen Körpers feiern in keinem Sport höhere Triumphe als im Kunstlauf auf dem blanken Eise. Freilich muß man sich dabei die Erinnerungen an das Petratfontor auf der Rousseau-Anfel im Tiergarten aus dem Gedächtnis schlagen, wo der Eislauf Mittel und nicht Zweck ist. Wer Herrn Fred v. d. Nelen im Sololauen und Springen über eine lange Reihe von Stützen, Herrn Paul Areow im Airlaufen und Pironettendrehen sah, der wird zugestehen müssen, daß man den höchsten Energieaufwand nicht leicht mit mehr Grazie, wer die Meiste Dora, wer Margarete und Gertrud Ehrich, wer Frida Fischer und Erich Koch im Parlaufen und bei ihren Eisjängen sah, daß man die Grazie der Bewegung nicht mit mehr Schönheit der Form verbinden kann.

Wenn aber mehr aufs Schauen als aufs Werfen ankommt, für den hat Leo Dartsche ein Eisballett verfaßt, zu dem Julius

Einbühner die Musik schrieb, „Frau Fantasie“ nennt es sich. Frau Fantasie führt einen jungen Waler ins Reich der Farben. Das ist der Vorwand für eine gewaltige Ballettentfaltung in prächtigsten Kostümen, für eine Orgie in Farben und Beleuchtungseffekten, die ihren Höhepunkt erreicht, wenn am Kopfbende des Saales die Hagebornische Wunderfontäne wie ein schillernder Geysir von Millionen bunter Glühbirnen aus der Erde bricht. Sotwohl der sportliche Teil der Darbietungen als das Eisballett verdienen in vollem Maße den Beifall, den sie fanden.

Neuer Samariterkursus.

Die Kolonne Berlin des Arbeiter-Samariterbundes hat die Winterkurse mit der Prüfung der Teilnehmer derselben abgeschlossen. Der prüfende Arzt Herr Dr. Moser konnte allen 30 Prüfungen das Zeugnis ausstellen, nunmehr als vollständige Mitglieder der Kolonne, insbesondere aber für die Arbeiterkassa und die Allgemeinheit, tätig zu sein, wo sich ihnen Gelegenheit dazu bietet. Obgleich der größte Teil der männlichen Mitglieder der Friedensarbeit entzogen ist, war es der Leitung der Kolonne doch möglich, den Kursus dank der Mitarbeit des Herrn Dr. Moser durchzuführen.

Der Zweck dieser Kurse ist genügend bekannt. Sie sollen allen Arbeitern und Arbeiterinnen Gelegenheit bieten, ihr Wissen auf dem Gebiete der Bekämpfung der Gesundheitschädigungen und Verletzungen zu bereichern. In einer Zeit, wo leider so viele Leben und Gesundheit opfern müssen, haben die Zurückgebliebenen die Pflicht, die Opfer des Schlachtfeldes der Industrie auf das geringste Maß zu beschränken. Krankheiten und Verletzungen zu verhüten ist wichtiger, als sie zu heilen. Ist aber ein Unglück passiert, so ist es Pflicht jedes Menschen, helfend einzugreifen, bis weitere ärztliche Hilfe beschafft werden kann. Dieser sozialen Pflicht darf sich niemand entziehen. Der Erkrankte hat ein Recht, diese Nächstenhilfe vom Geunden zu fordern. Dazu ist aber ein genügendes an Samariterkenntnissen erforderlich, um die leider noch vielfach geübten Quacksalbereien und Bieterei zu unterlassen und den Verletzten oder Erkrankten vor weiteren Schädigungen zu bewahren.

Wer beabsichtigt, an den Kursen teilzunehmen, wende sich an den Vorsitzenden Gustav Dietrich, Berlin NW 23, Klopstockstr. 25.

Im Obdach des Berliner Aylvereins nütigten im Monat März im Männerabtl 7541 Personen, wovon 2700 badeten, im Frauenabtl 2599 Personen, wovon 627 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer und Frauen Wiesenstr. 55/59.

Ein mutmaßlicher Kindesmord wurde gestern in der Kommandantenstraße entdeckt. Auf dem Flur des Hauses 51 fand man um 9 Uhr vormittags die Leiche eines neugeborenen Knaben, die in eine gelbe Papiertüte gepackt war. Die Nachforschungen nach der Mutter wurden sofort eingeleitet.

Aus den Gemeinden.

Unterricht in der städtischen Säuglingsfürsorge.

Auf dem Gebiete des Säuglingsfürsorge hat die Stadt Schöneberg eine neue Einrichtung getroffen. Von Stadt wegen wird an einer Anzahl von Lehrerinnen der Volks- und Fortbildungsschule von einer Ärztin, welche Spezialistin in der Kinderheilkunde ist, ein regelrechter Unterricht in Säuglingspflege erteilt. Die Lehrerinnen, welche sich hauptsächlich aus den Haushaltungslehrerinnen rekrutieren, sollen später im Anschluß an den Haushaltungsunterricht den Kindern Unterricht in der Säuglingspflege geben. Der Kursus für die Lehrerinnen zerfällt in einen theoretischen und einen praktischen Teil. Der theoretische Teil, der auch durch Demonstrationen am lebenden Kinde erläutert wird, findet in der Fortbildungsschule statt. Der praktische Teil wird in der Entbindungsklinik des Krankenhauses erteilt werden. Der Unterricht soll zunächst 14 Stunden in Anspruch nehmen. Er ist lediglich beschränkt auf die Säuglingspflege, und zwar auf die Pflege des gesunden Säuglings.

Fürsorgestelle für Geschlechtskranke in Schöneberg.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung hat sich in der letzten Sitzung mit der Einrichtung einer Beratungs- und Fürsorgestelle für Geschlechtskranke einverstanden erklärt. Die Stelle wird unter Beteiligung der Landesversicherungsanstalt Brandenburg und der Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg eingerichtet werden. Sie soll der städtischen Deputation für Wohlfahrtspflege unterstellt und im Hause Velajger Straße 13 untergebracht werden. Ein erfahrener Spezialist auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten wird zunächst drei- bis viermal in der Woche Sprechstunde in den Abendstunden abhalten. Dem Arzt zur Seite steht eine Fürsorgefachwetter, welche die in Betracht kommenden Schöneberger Verhältnisse kennt. Die Beratungs- und Fürsorgestelle wird sich nicht allein auf die Kriegsteilnehmer beschränken, sondern allgemeiner Natur sein. In der Hauptsache wird ihre Tätigkeit analog der Arbeit der Tuberkulosefürsorgestelle darin bestehen, die Geschlechtskranken zu ermitteln, zu untersuchen und zu befragen und sie zu veranlassen, sich durch ihre Aerzte behandeln zu lassen. In einer sich auf Jahre erstreckenden Kontrolle soll ein etwaiger Mißfall so früh wie möglich erkannt werden. Man hofft gerade durch diese Arbeit trotz der sehr großen Schwierigkeiten, mit denen naturgemäß zu rechnen ist, im Laufe der Zeit einen Erfolg erzielen zu können. Selbstverständlich hat die freiwillige kommunale Arbeit auf diesem Gebiete mit den Maßnahmen der Sittenpolizei nicht das geringste zu tun.

150 Proz. Gemeinde-Einkommensteuer in Tempelhof.

Der letzten Gemeindevertreterversammlung war der Haushaltsplan für 1916 vorgelegt.

Daraus geht hervor, daß die Allgemeine Verwaltung einen Zusatz erfordert von 214 000 M., Volks- und Fortbildungsschulen von 374 400 M., Höhere Schulen von 240 000 M., Armenverwaltung 67 000 M., Grundstücksverwaltung 60 000 M., Straßenunterhaltung und Straßenbeleuchtung 106 000 M., Straßenreinigung 71 700 M., Gärtnerei 44 000 M., Feuerlöschwesen 18 700 M. und Gemeinnützige und höchstzulässige Einrichtungen von 17 700 M.

Die Steuerverwaltung bringt einen Ueberschuß von 1 208 000 M., die Kreissteuer ist von 85 1/2 Proz. auf 71 1/2 Proz., also von 235 800 M. (i. V.) auf 375 850 M. erhöht worden.

Durch diese Mehrbelastung war eine Erhöhung des Steuerfuges von 115 Proz. auf 150 Proz. notwendig. Vorschläge auf Erhöhung der Gewerbesteuer (I. u. II. Kl.), der Hundesteuer, Fehlfahrersteuer und der Grundwertsteuer waren bereits in der Kommission abgelehnt.

Unter Redner, Genosse Burgemeister bedauerte die Ablehnung der Gewerbesteuer und der Grundwertsteuer. Er hat, die hierzu gemachten Vorschläge im nächsten Jahre zu berücksichtigen. Weiterhin stellte er den Antrag, die Mietbeihilfen anderweitig zu regeln. Die Regelung der Mietunterstützung soll demnächst verhandelt werden; ebenso soll über den von der Gemeinde eingerichteten Arbeitsnachweis näher berichtet werden; unsere Genossen beabsichtigen, Anträge auf Ausbau desselben zu stellen. Der von untern Genossen gestellte Antrag, die Steuern von den Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von unter 900 M. nicht zu erheben, wurde zurückgenommen. Es handelt sich durchweg um Steuerzahler, die in anderen Orten wohnen und dort höhere Einkommen haben. — Auf Antrag des Genossen Müller wurde einstimmig beschloffen, den Schülern ein warmes Frühstück zu verabreichen. — Weitere Anträge wurden gestellt zur Umlaststeuer und zur Beschaffung von zweifelhafte Hypotheken, über die demnächst Vorlagen unterbreitet werden sollen. Der Etat wurde einstimmig angenommen.

Das neue Kinderheim in Wilmersdorf, eine Erweiterung der zu klein gewordenen früheren Kinderherberge, ist dieser Tage eröffnet worden. Das von einer Schwester geleitete Heim ist in einer Villa des Joachimshausen Parkgeländes untergebracht und dient der Armen- und Waisenverwaltung zur vorübergehenden Unterbringung von Kindern im Alter von 1-14 Jahren.

Soziales.

Für Zwillinge ist doppeltes Stillgeld zu zahlen.

Unmittelbar nach Einführung der Kriegswochenhilfe tauchte erneut die Frage auf, ob einer Mutter von Zwillingen doppeltes Stillgeld zu gewähren ist. Wir teilten damals die Entscheidung eines Versicherungsamts mit, das diese Frage unserer Ansicht nach durchaus zu Recht bejaht hatte. Jetzt hat auch das Reichsversicherungsamt in gleichem Sinne entschieden. In der Säuglingsfürsorge sei, so heißt es in der zutreffenden Begründung, die zweifache und ausreichende Ernährung von besonderer Bedeutung. Das Stillgeld soll die Mutter in den Stand setzen, den Säugling selbst zu stillen, da die Muttermilch die beste Nahrung für den Säugling sei. Bei Mehrlingsgeburten wird eine besonders reichhaltige und zweckentsprechende Ernährung der Mutter erforderlich sein. Oft wird auch die Ergänzung durch andere gute Säuglingsnahrung nötig sein. Es entspricht dem Wesen und Zweck der Bestimmung, daß auf jeden Säugling ein volles Stillgeld entfalle. Das gleiche gelte auch für die Kriegswochenhilfe.

Große Verantwortung, aber kleines Gehalt.

Ein arges Mißverhältnis zwischen der aufgebürdeten Verantwortung und dem bewilligten Gehalt wurde in einem in der letzten Sitzung der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelten Falle festgestellt.

Die Klägerin in dem betreffenden Prozesse, Fräulein Hedwig M., war von der beklagten Gesellschaft „Der Schuhhof“ als Kassiererin mit einem Monatsgehalt von 80 M. engagiert worden und sollte nicht nur für alle durch ihre Hände gehenden Geldbeträge einstehen, sondern auch noch die Kasseneinzel der Verkäuferinnen auf etwaige Fehler hin nachprüfen. Für Fehler der Verkäuferinnen, die ihr etwa im Drange der Geschäfte entgingen, sollte sie die Verantwortung übernehmen. Welche Verantwortung hierbei auf der Kassiererin lastete, geht daraus hervor, daß ein monatlicher Kassennachschuß von 15 000 bis 20 000 M. zu bewältigen war. Einmal wurden der Klägerin, während sie die Kasse auf wenige Minuten verließ, um die Toilette zu benutzen, zehn Mark aus dem Kassenschloß entwendet. Diesen Betrag mußte sie ersetzen. Die auf der Kassiererin lastende Verantwortung übte schließlich einen derartigen seelischen Druck auf die Angestellte aus, daß sich eine schwere Neurose bei ihr einstellte. Wie die Schwester der Klägerin bekundete, habe diese in einer immerwährenden Furcht gelebt, sie könne im Geschäftsrudel mal einen Fehler einer Verkäuferin übersehen und werde dann zur Verantwortung gezogen werden. Wegen der Eventualität einer Erkrankung glaubte sich die Beklagte durch die dem Anstellungsvertrag einverleibte Klausel geschützt, nach welchem Gehalt für Fehltag nicht gezahlt wird, ganz gleich aus welchem Grunde der Angestellte fehlt.

Das Kaufmannsgericht hielt die letztere Vertragsbestimmung für ungültig und beurteilte die beklagte Gesellschaft zur Zahlung der geforderten 66 M. Gehalt.

Nicht nur die Angestellten, sondern auch die Prinzipalsbehalter beschieden das Verhalten der Firma der Klägerin gegenüber als sehr rigoros und höchst unsozial. Die der Klägerin aufgeladene Verantwortung stehe in krassem Mißverhältnis zur Entlohnung.

Berichtszeitung.

Berechtigt ein Mahnschreiben an einen Journalistenverein zu einer Beleidigung?

Das Landgericht II hatte den Journalisten Schweder wegen Beleidigung eines Malermeisters verurteilt, indem es von folgendem Tatbestand ausging: Schweder hatte den Privatkläger mit Malerarbeiten an der vom Angeklagten in Berlin-Südend gemieteten Villa beauftragt. Die Bezahlung sollte im Mai 1915 erfolgen. Dazu kam es aber nicht. Der Malermeister konnte nach verschiedenen Briefen den größeren Betrag in vier Raten erlangen. Es blieben dann noch etwa 200 M. Rücksum. Nach dem Erlangung dieses Restes bemüht hatte, schrieb er an den Vorsitzenden des Vereins Berliner Journalisten, dieser möge dafür sorgen, daß Schweder endlich die 200 M. bezahle. Von dem Briefe erhielt Schw. Kenntnis und schrieb an den Meister einen Brief, in welchem er der Auffassung Ausdruck gab, daß dieser ihn mit jenem Briefe an den Vereinsvorsitzenden beleidigt habe. Dann bemerkt er unter anderem: in sofortiger Erwiderung der Beleidigung erkläre er den Malermeister für einen unbedarften Lügner und Betrüger. Darauf erhob dieser die Beleidigungsklage gegen Schw. Das Landgericht führte in der Begründung der Verurteilung des Angeklagten aus: Es ließe sich nicht bezweifeln, daß Schw. auf eine Privatklage des Schw. zur Zahlung der 200 M. verurteilt sei. Damit sei als erwiesen anzusehen, daß dem Privatkläger tatsächlich die Summe zugestanden habe. Zweifellos sei der Brief Schw.'s beleidigend. Nun nehme Angeklagter den Schw. des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) für sich in Anspruch. Darauf sei zu sagen: An sich sei es ja das gute Recht des Angeklagten, sich gegen Forderungen zu verteidigen. Aber aus den gewählten Ausdrücken ergebe sich ohne weiteres die Abficht der Beleidigung. Der § 193 scheidet hier aus. Ferner habe Angeklagter geltend gemacht, das Schreiben des Privatklägers an den Journalistenverein habe er als eine schwere Beleidigung empfunden, die er auf der Stelle erwidert habe. Werde des Angeklagten Brief als Beleidigung angesehen, dann müßten die beiden Beleidigungen mit einander kompensiert werden. Das Gericht meine jedoch, im Gegensatz hierzu, die von Schw. ausgesprochene Beleidigung sei so schwer, daß von einer Kompensation in keinem Falle die Rede sein könne. Das Kammergericht verwarf jetzt die vom Angeklagten gegen dies Urteil eingelegte Revision.

Aus aller Welt.

Einführung der deutschen „Sommerzeit“ als Kriegsmahnahme.

Die Bestrebungen gewisser Praktiker, unsere mitteleuropäische Zeit um eine Stunde früher zu legen, um so die Tageszeit besser auszunutzen und Ersparnisse an Beleuchtung — die für Deutschland auf 100 Millionen Mark jährlich geschätzt werden — machen zu können, scheinen Verwirklichung zu finden. Nachdem schon in der Finanzkommission des preussischen Herrenhauses Geh. Rat von Wittinger (Eldersfeld) auf seine auf den Gegenstand bezügliche Interpellation vom Minister v. Breitenbach eine sehr günstige Antwort erhalten hatte, kam die Petition des Herrn Niese (Garmeln) wegen Einführung der „deutschen Sommerzeit“ zum 1. Mai dieses Jahres in der Plenarsitzung des Herrenhauses zur Verhandlung. Berichterstatter war der Oberbürgermeister Matting (Breslau), der die Vorteile dieser Einrichtung auseinandersetzte. Da die Regierung sich entschlossen habe, die Sommerzeit auf Grund des Beschlusses vom 4. August 1914 als Kriegsmahnahme zum 1. Mai d. J. zur Einführung zu bringen, so sei es nicht erforderlich, die Sache im Wege

der Gesetzgebung durchzuführen, und die Kommission empfehle daher die Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Erwägung, ohne zu der Sache selbst Stellung zu nehmen. Das Haus beschloß demgemäß.

Auch in Frankreich interessiert man sich für diese Art Ersparnis von Beleuchtungsmaterial lebhaft. Aus Paris wird gemeldet: Die Kommission der französischen Deputiertenkammer hat den Vorschlag, die Uhr für die Dauer des Krieges um eine Stunde vorzustellen, angenommen.

Diese Mahnahme läuft in der Praxis darauf hinaus, daß die Menschen während der Sommerzeit morgens eine Stunde früher aufstehen und früher mit der Arbeit beginnen, abends dafür eine Stunde früher mit der Arbeit aufhören und früher schlafen gehen. Dasselbe trifft zu auf die Eröffnung und Schließung der Geschäfte, Schulen, Theater, Restaurants usw. Es würde also überall abends eine Stunde weniger Licht verbraucht werden, was allerdings eine bedeutende Ersparnis bedeutet.

Explosionskatastrophe in einer englischen Pulverfabrik. 200 Tote.

Der englische Munitionsminister hat eine Meldung des Presh-bureau zufolge mitgeteilt, daß während des Wochenendes in einer Pulverfabrik in Kent ein großes Feuer ausbrach, welches mehrere Explosionen verursachte. Das Feuer entstand rein zufällig und wurde um die Mittagszeit entdeckt. Die letzte Explosion fand kurz nach 2 Uhr nachmittags statt. Die Zahl der Opfer beträgt ungefähr zweihundert.

Wieder ein schreckliches Latwinenunglück.

„Secolo“ meldet aus Brezica: Am Arnosee verschüttete eine ungeheure Lawine eine Kaserne, 140 Soldaten unter den Trümmern begrabend, es wurden 40 Tote und ebenso viele Verwundete geborgen.

Segnungen des Krieges.

Aus Amsterdam wird geschrieben: Im kanadischen Parlament hat, wie der „Daily News“ aus Ottawa gemeldet wird, der liberale Abgeordnete Rhyte schwerwiegende Anklagen über Skandale bei der Vergebung von Munitionslieferungen erhoben. Es wurden Verträge mit fiktiven Gesellschaften abgeschlossen. Drei Vermittler haben einen Profit von über 200 000 Pfund (vier Millionen Mark!) gemacht. — Zweifelslos sind die ehrenwerten Herren entschiedene Gegner des „vorzeitigen Friedens“.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. B. Berl. Reichstagswahlkrets.
18. Abl. Bez. 612.
Am Dienstag, den 4. April, verstarb unser Genosse, der Schornwirt
Paul Huckwitz
Stettiner Straße 60.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Wilmersdorf, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
225/19 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Andreas Neeske
(Wallstraßenstr. 86)
am 2. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 6. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Blas-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen fernher zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Metallarbeiterin
Emma Tobeck
(Albershof)
am 30. März in Halle a. S. gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
114/16 Die Ortsverwaltung.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.
Ortsgruppe Groß-Berlin
Am 1. April verstarb plötzlich unser Kollege, Stranzenzassenangestellter
Bruno Schade
(Kgl. Dreikronenkasse Friedenau).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Georgenkirchhof in Weihensee, Altesfeldstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
46/5 Die Ortsverwaltung.

Am 4. d. Mts. starb nach schwerem Leiden mein lieber, guter Mann und Vater
Paul Huckwitz
im noch nicht vollendeten 57. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Ottillie Huckwitz geb. Petzold
Kari Huckwitz als Sohn.
Stettiner Str. 63. 157/1

Als Opfer des Weltkrieges starb nach einjähriger Lazarettbehandlung (Kopfschuss) am 3. April mein lieber, guter Sohn, unser lieber, guter Bruder und Schwager, der Musikleiter
Albert Wojahn
Inf.-Regt. 50, 9. Komp.
im blühenden Alter von 21 Jahren.
Dies zeigen in tiefem Schmerz an
Frau Ww. Wojahn (als Mutter),
Ida Wojahn (als Schwester),
Paul Wojahn (in Belangen d.),
Witw. Wojahn (im Heide),
Max Wojahn (als Bruder),
Bertha Wojahn (als Schwägerin),
Emma Felchow (als Schwester),
Franz Felchow (als Schwager).
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 6. April, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Garnison-Friedhofes, Hasenheide, aus statt.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 24. Februar 1916 unser wertiger Kollege, der Gärtler
Max Rebouillon
im 27. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Firma
W. Gommlich.

Am Montag, den 3. April, verstarb in der Heilstätte Beilby nach langer Krankheit unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Hermann Langhorst
im Alter von 21 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Eltern, Geschwister,
Schwager und Nichte.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Dankfagung.
Allen Verwandten und Bekannten sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein, Stralauer Viertel, dem Transportarbeiter-Verband und dem Gesangverein für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben und verehrten Vaters herzlichsten Dank.
Frau Ww. Thiele.

Spezialarzt
für Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder Art, **Ehrlich-Hata-Kuren**, **Friedrichstr. 81**, gegenüber Eprahlstr. 2, 3, Sonntags 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. — Separates Damenzimmer. —
Ehrenklärung.
Die Beleidigung, die ich gegen Frau Emma Biele, Charlottenburg, Dallerstr. 27, ausgesprochen habe, nehme ich mit bestem Bedauern zurück und erkläre, daß die Beiden, die ich verurteilt habe, vollständig auf Unwahrheit beruhen. 190/10
Bron Rau,
Charlottenburg, Dallerstr. 22. 181/9*

Verhaftung der Budapest Straßenbahn. Zwischen der Hauptstadt Budapest und der Straßenbahngesellschaft wird verhandelt, daß die Stadt die Straßenbahn, deren Einlösung 1928 fällig ist, jetzt schon erwerben sollte. Die Hauptstadt, welche die Majorität der Aktien einer zweiten elektrischen Bahn besitzt, würde dann ein einheitliches, die ganze Hauptstadt und ihre Umgebung umfassendes Straßenbahnnetz schaffen.

Parteiveranstaltungen.

Tempelhof-Varicendorf. Jugendaktion. Donnerstag, den 6. April, abends 8 Uhr, bei Löwenhofen, Ede König- und Rathausstraße, Zusammenkunft.

Frauenveranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterkasse. Montag, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97: Generalversammlung. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder dringend erwünscht.

Briefkasten der Redaktion.

N. G. 1. 1. und 2. Sie konnten auf Wunsch des Vertrages klagen. 3. Wenn der Herr Ihnen in Zeugnengenauigkeit berichtet hat, daß die Wohnung sauber ist, könnten Sie eventuell auf Erfüllung der Umzugskosten mit Erfolg klagen. 4. Das läßt sich mit Bestimmtheit im voraus nicht sagen, es kommt im wesentlichen darauf an, inwieweit Termine der Prozeß erfordert. Die Gerichtskosten würden für einen Termin ungefähr 20 Mark betragen, dazu kämen die eventuellen Anwaltskosten. 5. Nein. — **P. W. 9.** Nein. — **A. K. 18.** Ungelegenheit; zeitig oder spätverwendungsunfähig. Wenn Sie eingezogen werden, wissen wir nicht. — **G. G. 100.** Sie haften in diesem Fall nicht für die Schulden der Ehefrau, da die häusliche Gemeinschaft aufgehoben ist. Zum Unterhalt der Frau sind Sie aber verpflichtet, da die Ehe noch nicht gelichtet ist. — **Mirbach St. Ja. — M. W. 3. Ja. — S. W. 100.** Bei der Entscheidung über Ihre Anträge kommt es im wesentlichen auf die Bestimmungen des abgeschlossenen Anstellungsvertrages an. Schließlich müßten Sie aber doch Anspruch auf mindestens einen Teil der Speisen haben. Klage wäre beim Kaufmannsgericht einzureichen. — **H. P. 24.** Das Testament ist in der Form gültig. — **M. W. 184. Ja. — Arbeiter-Jugend.** 1. Nein. 2. Für eine besondere Arbeitsleistung kann ein Abzug gemacht werden. Für Kindergeld können Sie als Bauarbeiter, wenn Sie die Arbeitsstätte oft wechseln, ebenfalls Abzüge machen. Der Betrag der Steuer ist nicht abzugsfähig. — **G. Sch. 1875. Ja. — S. W. 116.** Sie müssen auf jeden Fall den Termin wahrnehmen. Wenn die Klage gegen Sie kostenpflichtig abgewiesen wird, muß der Kläger Ihnen aus dem Lohnansatz für die verstrichene Zeit bezahlen. — **J. W. 10. Nein. — 2. Brix.** 1. Geringe Formschlechter der Weine, dienlich. 2. Sie scheiden mit vollendetem 45. Lebensjahre nicht aus dem Militärverhältnis aus. 3. Wenn der Sohn zu Ihrem Unterhalt erheblich beigetragen hat, können Sie einen Antrag auf Unterhaltung beim Amtsgericht einreichen; eventuelle Beschränkung ist an den Kreisbeschau des Kreises Teltow in Berlin, Victoriastraße 17/18, zu richten.

Für die zahlreichen Beweise meiner Teilnahme und für die vielen Kranzbinden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, meines herzlichsten Vaters
Karl Pauli
lagen mir allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen und Genossen, besonders seiner lieben „Typographia“ und dem Kollegen Schleifer für die trostreichen Worte unserer herzlichsten Dank.
Frau Auguste Pauli
Günther und Lotte.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Achtung! Gipsbaubranche.
Freitag, den 7. April, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

Bezirks-Versammlungen

- Sonntag, den 9. April, vormittags 10 Uhr
Moabit bei Göbel, Patilstr. 10
Wedding bei Funk, Triftstr. 63
Norden 2 bei Berger, Grannstr. 41
Neukölln bei Wolf, Kirchhoffstr. 41
Nordosten bei Spaeth, Georgenkirchstr. 65.
Montag, den 10. April, abends 8 Uhr
Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstr. 3
Osten I bei Schwarz, Langestr. 53
Gesundbrunnen bei Mandel, Prinzen-Allee 57
Weißensee bei Peukert, Berliner Allee 251.
Dienstag, den 11. April, abends 8 Uhr
Südosten bei Fröhlich, Ruskauer Str. 1
Südwesten bei Maas, Bergmannstr. 97
Westen bei Wiemers, Bülowstr. 58
Schöneberg bei Folger, Kyffhäuserstr. 18
Osten II bei Kempin, Tistter Str. 85
Lichtenberg bei Schulz, Kronprinzstr. 47
Norden I bei Schmidt, Lybener Str. 3.
Donnerstag, den 13. April, abends 8 Uhr
Süden bei Eberlein, Brickerstr. 22
Wilmersdorf bei Reuter, Gasteinerstr. 6
Steglitz bei Schellhase, Ahornstr. 15a
Lichterfelde bei Wahrendorf, Hindenburgdamm 104
Oranienburger Vorstadt, bei Dahms, Schlegelstr. 9
Friedenau bei Schönefeld, Kirchstr. 23.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen im Hochbau-gewerbe. 2. Abstimmung über Annahme oder Ablehnung desselben.
Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe keinen Zutritt!
Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erwartet
Der Zweigvereinsvorstand.
181/9*